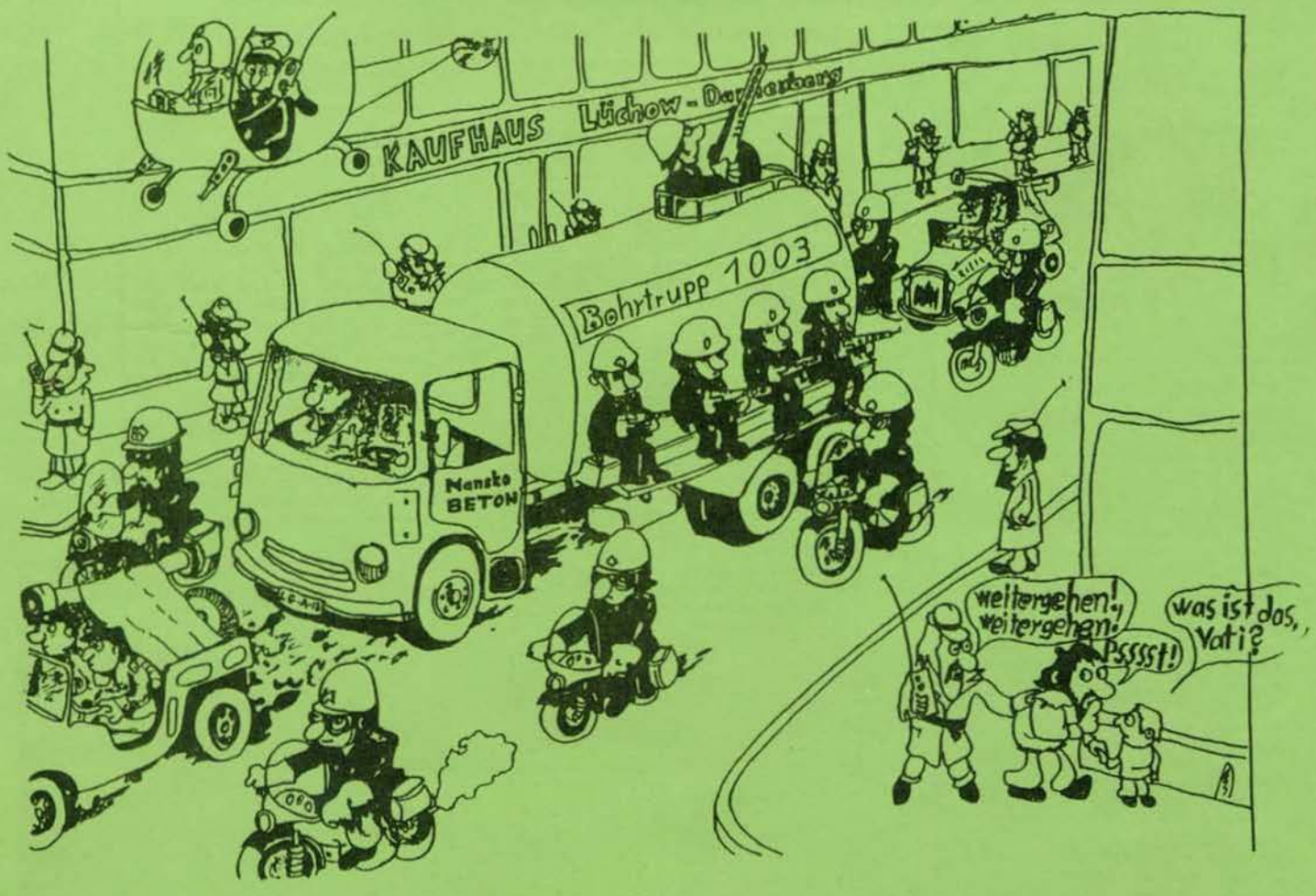
GORLEBEN AKTUELL

4,00 DM

Okt. '79

AG.
WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE
LÜNEBURG

Nr. 9



«Hier wurde die Säge angesetzt zum Kahlschlag an Menschenwürde und Demokratie...»

Collection Labadie Foundation
Digitized 2016

In eigener Sache:

Wir haben nun die neue Nummer von Gorleben Aktuell verspätet herausgebracht. Dies erklärt sich aus der Sommerpause, die wir eingelegt haben.
Wir haben uns einige Gedanken zu unserer Zeitung gemacht und meinen, daß Gorleben Aktuell zu sehr von Insidern gelesen wurde. Wir halten es für wünschenswert, wenn Bürgerinitiativen Gorleben Aktuell mehr auf Büchertischen vertreiben würden, damit auch andere Personen die Verhältnisse im Landkreis Lüchow-Dannenberg kennen lernen und nicht auf die oftmals falsche Berichterstattung der Massenmedien angewiesen sind. Außerdem würden wir es gut finden, wenn unsere Leser mehr mit uns in Kontakt treten, damit wir wissen, wie unsere Zeitung ankommt. Wir freuen uns über jeden Brief, der uns Anregungen gibt und der auch Kritik enthält. Vielleicht ist es auch einigen Leuten möglich die Elbe-Jeetzel-Zeitung zu abonnieren. Die Adresse lautet: Elbe-Jeetzel-Zeitung, Verlag Köhring & Co., Wallstr. 22 - 24, 3130 Lüchow.

Spende

Nach wie vor stehen wir finanziell auf dem Schlauch. Viele BI's lassen trotz etlicher Mahnungen mit der Bezahlung der Zeitung auf sich warten. Jede kleine und große Spende ist für unsere Arbeit wichtig. Hier das Konto: Teja Lechel / Gorleben Aktuell, Stadtsparkasse Lüneburg, Bankleitzahl 240 500 01, Konto Nr. 28480.

Bohrungen in Gorleben verzögern sich

Schwierigkeiten bei den Zufahrten / Grundabtretungsverfahren

Das hydrogeologische Bohrprogramm der PTB sieht rund hundert Aufschlußbohrungen und dreihundert Pegelbohrungen vor. Sie sollen in einem dreihundert Quadratkilometer großen Gebiet in Tiefen bis zu vierhundert Meter führen. Vor fünf Monaten wurden die Bohrarbeiten aufgenommen. Bisher konnten jedoch nur acht Aufschluß- und dreißig Pegelbohrungen erledigt werden, obwohl inzwischen mit dem zweiten und dritten „Los" weitere Bohrungen genehmigt sind. Ursache des „Bohrstopps" sind gescheiterte Verhandlungen der PTB mit acht Landwirten. Darunter ist der größte Grundbesitzer im Gorleben-Gebiet, Graf Bernstorff.

Die Landwirte befürchten offenbar, daß sie ihr Land, wenn sie es einmal für Bohrzwecke hergegeben haben, später nicht zurückbekommen würden. Um mit den Bohrarbeiten weiterzukommen, hat die PTB nun Abtretungsverfahren beim zuständigen Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld angestrengt. In diesen Tagen wird das Oberbergamt in mündlicher Verhandlung versuchen, vielleicht doch noch eine Einigung herbeizuführen. Falls dies mißlingt, müßte sich die Kammer für Baulandsachen beim Landgericht Lüneburg mit der Angelegenheit befassen. Wenn dann bis zur letzten Instanz weiterprozessiert würde, könnten sich nach den Befürchtungen der PTB unter Umständen zweijährige Verzögerungen jedenfalls für die im zweiten „Los" liegenden Bohrungen ergeben.

Bei ihren Vorbereitungen für zunächst drei Tiefbohrungen, die bis zu zweitausend Meter in den Salzstock führen sollen, sieht sich die PTB vor Widerständen. Vorerst kann nur der Bohrplatz eingerichtet werden, für dessen Anlage und Sicherheit kürzlich unter dem Protest von Kernkraftgegnern vier Hektar Wald gerodet worden sind. Das Gelände ist im Besitz der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), die Zufahrtsstraße gehört dem Kreis Lüchow-Dannenberg, dessen Kreistag die Tiefbohrungen befürwortet hat. Aber bei den Wegen zu zwei weiteren Bohrstellen gibt es Schwierigkeiten. Im einen Fall hat ein Verband von Grundeigentümern der PTB die Benutzung von Zuwegen untersagt. Im zweiten Fall widersprach der Rat einer Gemeinde dem Ausbau des Weges zur Bohrstelle. Die PTB hat auch in diesen Fällen Grundabtretungsverfahren nach dem Berggesetz eingeleitet. *FAZ, 29.9.*

Termine:

Lüneburg:
AG Wiederaufarbeitungsanlage DO, 20 Uhr, Haus der Jugend, Katzenstraße 1

BI gegen Atomenergie, MO, 20 Uhr, AKJZ-Keller, Katzenstr. 1

BI Umweltschutz e.V., FR, 20 Uhr, Gasstätte "Zum Roten Tor"

Fahrraddemonstration gegen die Pläne der Lüneburger Stadtplaner: SA, den 20 Oktober

Lüchow-Dannenberg:
Herbstpflanzung der "PLATZ"-Gruppe: 20./21. Oktober
27./28. Oktober
3./4. November
10./11. November
(Anmeldung unter Tel.: 05841/4684 -BI-Büro)

GORLEBEN SOLL LEBEN – WIR AUCH!

IMPRESSUM

GORLEBEN AKTUELL Nr. 9
Oktober '79

Presserechtlich verantwortlich: Teja Lechel, Am Stintmarkt 5, 2120 Lüneburg

Bestellungen bei: Marion Hinz, Wilschenbrucher Weg 29, 2120 Lüneburg

Konto Nr. 28480, Stadtsparkasse Lüneburg, Teja Lechel/Gorleben Aktuell
Spenden erwünscht

Telefonverbindung: 04131/45290, Matthias

Herausgeber: AG Wiederaufbereitungsanlage Lüneburg

Auflage: 2700

Bestellt den Anti-AKW-Taschenkalender 1980 des "Göttinger AK gegen Atomenergie". Nur 6 DM ! Ab 10 Ex.: 4 DM ! Postfach 45, 34 Göttingen

„Voller Er… Wiederaufarbeitung

Wer will Wiederaufarbeitungsanlage?

…nd Länder suchen neuen Standort nach Absage aus Niedersachsen

In Gorleben soll kein Atommüll aufgearbeitet werden

Der Landtagsabg…

In Gorleben keine … für Albrecht"

… Grill begrüßt Entsorgungs-Kompromiß

Gorleben-Konzept ist gestorben

Das Verwirrspiel geht weiter!

> Damit sei deutlich, so Grill gestern, daß das Entsorgungszentrum nicht mehr die Diskussionsgrundlage am Standort Gorleben bilde. Jetzt gehe es darum, die notwendigen Erkundungen und Arbeiten zur Klärung einer möglichen Endlagerstätte voranzutreiben. Das Schlagwort „Bohrbeginn gleich Baubeginn" sei nunmehr hinfällig, da die Wiederaufarbeitung Gorleben nicht mehr zur Debatte stehe.
>
> EJZ, 2.10.

Bohrbeginn ist nicht Baubeginn, eine WAA soll es in Gorleben niemals geben - so wird uns das Ergebnis der Ministerpräsidentenrunde vom 28.9. präsentiert.
Die Landesregierung hat oft genug betont, daß sie das gesamte Entsorgungskonzept im Landkreis Lüchow-Dannenberg z.Z. politisch nicht durchsetzen kann. Also dreht sie alle Propagandahähne weit au…, um der Bevölkerung den angeblichen Verzicht auf die WAA einzureden.

Mit diesem billigen Trick (der so alt ist wie die"Gorleben-Grundsatzentscheidung" der Landesregierung, siehe "Rückblende" auf S. 2) hofft die Landesregierung die Tiefbohrungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg durchsetzen zu können.
Unabhängig von der denkbaren Planung einer "Versuchs"-WAA in Bayern ist das Entsorgungszentrm in Gorleben mit allem Drum und Dran für die Atomgewaltigen eine beschlossene Sache - ebenso wie für Dr. Albrecht bereits heute die Sicherheit des Gorlebener Salzstocks eine beschlossene Sache zu sein scheint(s. unsere Dokumente, S. 2).

> Erste Differenzen ergaben sich bereits aus den Kommentaren der Beteiligten. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht sagte, in Gorleben werde es keine Wiederaufbereitungsanlage geben, nur ein Endlager, wenn die Salzstöcke geeignet seien. Es gebe kein Entsorgungszentrum mehr. Innenminister Baum erklärte dagegen, dies sei Albrechts Auslegung. Es gebe vielleicht demnächst mehrere kleinere Wiederaufbereitungsanlagen, vielleicht auch eine in Gorleben. Das werde alles noch geprüft.
>
> FR, 1.10.79

Dies ist der Eingang zur Tiefbohrstelle 1003.

Diese militärische Festung zum Schutz einer "Probebohrung" gibt einen Ausblick auf das, was uns noch erwartet...
falls wir die Pläne der Atommafia nicht durchkreuzen.

Rückblick

Auszüge aus der Landtagsdebatte vom 16. 5. (Tonbandmitschnitt):

MdL Bruns richtete an Albrecht die Frage, wie ernst das "Nein" zur WAA gemeintsei, in diesem Zusammenhang stellte er fest:
"Ich kann das Verfahren so weiterlaufen lassen, daß ich nein gesagt habe und trotzdem alle Entscheidungen für den Bau einer WAA in Gorleben 1984 vorbereitet sind. Es ist kein Problem, wenn man das will. In diesem Spiel sind alle taktischen Karten noch im Blatt!",
worauf Albrecht erwiderte:

"Wir sagen nein aus politischen Gründen, weil wir das nicht ohne eine tiefgreifende Zerstörung des Friedens unter den gegebenen Bedingungen - solche können sich ändern - aber unter den gegebenen Bedingungen nicht durchzwingen können."

Und weiter:

"Wenn wir der Bevölkerung nicht deutlich und ehrlich sagen, daß die WAA für diese Generation will ich mal sagen, d.h. für diese Zeit, wo wir jetzt entscheiden (Anm. d. Red.:1982 Ende der Legislaturperiode der Landesregierung, erst 1984 soll nach DWK-Planung das Planfeststellungsverfahren für die WAA beginnen) kein Projekt für Gorleben ist, dann wird es keine politische Ruhe in Lüchow-Dannenberg geben!"

Wie das "Nein" zur WAA denn letztendlich auch gemeint ist, wird an folgender Aussage Albrechts deutlich:
"Natürlich, damit wir uns nicht mißverstehen, solche Entscheidungen können nicht für die Ewigkeit sein. Dies sind politische Entscheidungen, die andere wieder revidieren können und anders treffen können. Und Sie wie wir wollen ja auch keine Möglichkeit verschütten, ich würde es für unverantwortlich halten unseren Nachfolgern, d.h. auch unseren Kindern gegenüber, wenn sie überhaupt nicht mehr die Möglichkeit hätten, die ungeheuren Brennstoffvorräte, die in den abgebrannten Brennelementen vorhanden sind zu nützen, dann, wenn die Energie in der Welt knapp wird."

Liest man diese Worte, verwundert es auch niemanden, daß die DWK an ihrem Konzept festhält und sich nicht aus der Ruhe bringen läßt!

HEUTE NEIN -
MORGEN JA -
LETZTLICH BAU ICH DIE WAA !

frei nach E. Albrecht

Entscheidend ist nach den Worten Albrechts, „daß wir den Bürgern klar machen können, daß die Wiederaufarbeitung nicht zur Diskussion steht". Die Bundesregierung müsse sich unter diesem Gesichtspunkt darüber klar werden, welchen Weg sie zu gehen beabsichtige. Je klarer die Position der Bundesregierung „in Übereinstimmung mit der Position der Landesregierung" sei, desto eher könne die Bevölkerung davon überzeugt sein, daß die Wiederaufarbeitungsfrage zunächst für Jahrzehnte „vom Tisch" sei. Von diesem Klärungsprozeß hänge es ab, wie rasch dann die beantragten Tiefbohrungen zur Ergründung des Gorlebener Salzstocks auf dessen Eignung als Endlager genehmigt werden könnte.

FAZ 21.5

Baum: Gorleben ist nicht erledigt

WAA

WELT: Also ist der Standort Gorleben für eine Wiederaufarbeitungsanlage aus der Diskussion?

Baum: Gorleben ist keineswegs erledigt. Ernst Albrecht hat seine Bereitschaft zur Aufnahme des Bundesendlagers und eines Zwischenlagers bekundet. Die Frage der Errichtung weiterer Anlagen zur Schließung des Bremstoffkreislaufes in Gorleben wird im Lichte der in den nächsten Jahren gewonnenen Erkenntnisse zwischen dem Bund und den Ländern, vor allem Niedersachsen, stets neu zu überprüfen sein. Eile ist hierfür nicht geboten. Die Inbetriebnahme des Endlagers ist für die zweite Hälfte der 90er Jahre vorgesehen. Welt/3.10.79

ZWISCHENLAGER

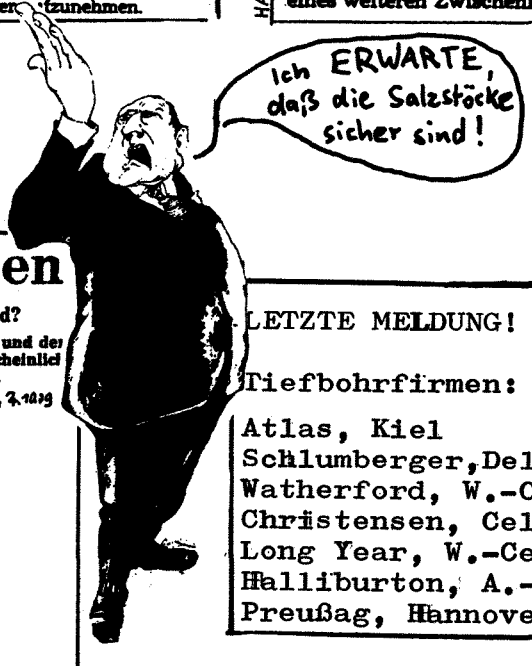
Der Komplex Lager gleicht vorläufig einem Verwirrspiel. Der Bund hält bis zu acht Zwischenlager für notwendig, um ohne Wiederaufarbeitung aus den arbeitenden Atomkraftwerken die Brennelemente wegzuschaffen und sicher unterbringen zu können. Doch nur für ein Lager ist bisher ein Standort gefunden, eben Ahaus. Niedersachsen hat angeboten, in Gorleben ein zweites Zwischenlager [illegible]zunehmen.

HAZ 4.10.79

ENDLAGER

Albrecht wies auf die großen Anstrengungen seines Landes zur Entsorgung der Kernkraftwerke hin. Niedersachsen baue ebenfalls ein Zwischenlager und voraussichtlich das Endlager in Gorleben, falls sich – was er erwarte – die Salzstöcke nach den Untersuchungen als geeignet erweisen würden. Möglicherweise sei 1997 der Bau eines weiteren Zwischenlagers nötig.

HAZ 28.9.79



„Gorleben"-Antrag soll ruhen

Erstes DWK-Trockenlager in Ahaus — Kleine WAA in Süddeutschland?

Gorleben/Hannover. Nach dem neuen Entsorgungsbeschluß des Bundes und der Länder werden die Vorarbeiten für eine etwaige Wiederaufarbeitungsanlage wahrscheinlich zunächst standortunabhängig weitergeführt werden unter Federführung des Bundes.

FAZ, 3.10.79

Ruhe sanft – beizeiten wirst du geweckt werden...

Der Antrag für eine derartige Fabrik liegt, über 3000 Seiten stark, nach wie vor bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem niedersächsischen Sozialminister, in Hannover. Dort soll er zunächst weiter liegenbleiben, die Herren des DWK-Vorstandes haben jedenfalls auch nach dem Bund-Länder-Kompromiß nicht die Absicht, ihn zurückzuziehen. HAZ, 2.10.79

LETZTE MELDUNG!

Tiefbohrfirmen:

Atlas, Kiel
Schlumberger, Delmenhorst
Watherford, W.-Celle
Christensen, Celle
Long Year, W.-Celle
Halliburton, A.-Celle
Preußag, Hannover

Chronik des Widerstandes

Wir wollen mit dieser Chronik versuchen einen Eindruck von den Ereignissen in Lüchow-Dannenberg von der ersten Woche der Wiederstandsaktionen gegen die bauvorbereitenden Maßnahmen zur Errichtung der Tiefbohrstelle 1003 zu geben. Wir haben einen Bericht als Betroffene verfaßt, weil die Berichterstattung der bürgerlichen Presse teilweise Halbwahrheiten und Lügen beinhaltete und kein Zusammenhängendes Bild entstehen ließ. Wir hoffen, daß euch diese Chronik, die Möglichkeit gibt, mit der ersten Zeit der Widerstandsaktionen nochmals auseinanderzusetzen.

Sonntag, den 9. 9.79:

NACHTWACHE AUF DER BOHRSTELLE 1003

Der Einladung der Gorleben-Frauen folgten etwa 300-400 aus dem Landkreis und auswärtige Freunde, trotz des schlechten Wetters. Während des Picknicks entschlossen sich ca. 200 auch nachts auf der vorgesehenen Bohrstelle zu bleiben, um das Abholzen des Waldes zu verhindern. Mit Stroh u. Plastikplanen richteten wir uns im Wald ein.

Montag, den 10. 9.79

SITZBLOCKADEN UND BAUMBESETZUNG

Für die Nacht waren Wachen organisiert, die uns ein Anrücken der Polizei oder der Waldarbeiter melden sollten - doch die Anspannung war so groß, daß kaum jemand zum Schlafen kam. Gegen 3oo Uhr morgens rückten 7-9 Hundertschaften BGS u. Polizei an. Mit Pistolen, Gummiknüppeln, Schilden u. Helmen ausgerüstet, umstellten sie das Lager. Innerhalb weniger Minuten waren alle hellwach. Wir machten uns auf einen Überraschungsangriff gefaßt, doch alles blieb ruhig. Gegen 7oo Uhr meldete eine Wache das Anrücken der Waldarbeiter mit Motorsägen u. 2 Holztransporter. Wir gingen durch den Wald zur Straße. Hier stoppten wir die beiden Transporter durch eine Sitzblockade über die Straße bis an den Waldrand. Auch nach der 3. Aufforderung blieben wir sitzen.
Ein "Spezialtrupp" des BGS begann auf brutale Weise einzelne aus den Sitzenden herauszuzerren, indem 3-4 BGS'ler sich einen Demonstranten vornahmen: sie zerrten an den Haaren, drehten Arme auf den Rücken, schreckten auch nicht vor Würgegriffen zurück. Wolf, Rechtsanwalt der BI Lückow- Dannenberg, stand angesichts dieser Gewalt des Staates uns gegenüber, auf u. sagte über Megaphon:" Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir hier ohne Bewegung, ohne Schutz und ohne Waffen sitzen. Was immer jetzt geschieht, wird von Ihnen zu verantworten sein!" Unbeirrt durch diese Worte machte der BGS weiter, indem immer wieder Einzelne aus der Sitzblockade herausgegriffen wurden u. unsanft hinter der Polizeikette abgesetzt wurden. Ungeachtet dessen begannen die Waldarbeiter die Bäume zu fällen. Hierbei achteten sich nicht darauf, wohin die Bäume fielen so daß auch BGS'ler unter den ersten fallenden Bäumen begraben wurden.
Als auch das Umklammern u. Festhalten der Bäume nichts nützte, wir von der Polizei immer weiter zurückgedränt wurden, kletterten 3o-40 Leute in die Bäume, um sie vor dem Abholzen zu schützen. Die Waldarbeiter weigerten sich die von Menschen besetzten Bäume zu fällen. Die besetzten Bäume wurden durch eine Kette von den anderen Demonstranten abgeschlossen.
Nach etwa einer Stunde "hatte die Polizei die rettende Idee", wie es in der Bildzeitung vom 11. 9. heißt. Ein "Arbeitstrupp" des BGS rückte an, um die besetzten Bäume zu fällen. Teils ohne Absicherung stürzten die Demonstranten mit den Bäumen zu Boden. Es grenzt an ein Wunder, daß es bei dieser "sauberen Aktion" (Worte eines Einsatzleiters an seine ihm anvertrauten Untergebenen) nicht zu "ernsthafteren Verletzungen" kam, als Prellungen u. Hautabschürfungen, eine Gehirnerschütterung. Die Polizei drängte uns immer weiter zurück, ohne das wir das Fällen der Bäume verhindern konnten.

GESPRÄCHE MIT DER POLIZEI ?

Wir waren erschüttert u. standen der Polizeigewalt ohnmächtig gegenüber. Einige versuchten mit den Polizeibeamten zu reden. Diese Versuche blieben bei einem großen Teil ohne Wirkung, sie ignorierten einfach, daß sie angesprochen wurden, oder entgegneten mit üblen Beschimpfungen, wie "Gammler", "geht doch erst mal arbeiten", "geht doch nach drüben" usw.. Nur ganz wenige Polizisten reagierten auf unsere Fragen.
Wir waren natürlich betroffen u. aufgebracht über das brutale Vorgehen der Polizei, das wir erleben mußten. Wir konnten nicht fassen, wie unbeteiligt die Polizisten dem Geschen gegenüberstanden. Auch Anschreien u. Weinen ließ sie völlig kalt.
Zusammenfassend haben wir die Erfahrung gemacht, daß wir uns keine Illosionen machen dürfen, daß wir durch Gespräche mit einzelnen Polizisten, die Polizeigewalt wie sie hier im Landkreis auftritt verhindern könn

„Kalbsgeburten verliefen die Aktionen gegen das nukleare Entsorgungszentrum Gorleben. Wendland: Zu kleinen Übergriffen kam es lediglich von seiten der Umweltschützer."

AM ABEND FACKELZUG

Gegen Mittag waren wir zu erschöpft, um das Abfällen der Bäume weiterhin zu stören.
Am Abend führten wir mit Fackeln u. frisch gefällten Bäumen einen Protestzug in Lüchow durch. Auch Einwohner Lüchows schlossen sich uns spontan an. Die Unterstützung des Widerstandes bei Tiefbohrbeginn durch die Bauern und einheimische Bevölkerung war allerdings geringer als wir erwartet hatten. Die, die versuchten unsere direkten Aktionen zu unterstützen wurden durch Straßensperren, von Seiten der Polizei, bei Gorleben u. Gedelitz u. massives Polizeiaufgebot eingeschüchtert.
Die Bohrstelle wurde in dieser Nacht nicht mehr von uns bewacht.

Dienstag, den 11. 9.79

PLATTFUßKONVOI

Die Arbeiten auf der Bohrstelle werden unter starken Polizeiaufgebot fortgeführt. Uns gelingt es durch Straßensperren bei Gorleben u. Gedelitz einen Konvoi von 7 Lkw's mit Material für die Bohrstelle zu stoppen (fuhren ohne Polizeibegleitung). Um die Lkw's an der Weiterfahrt zu hindern, ließen wir die Luft aus den Reifen, streuten Zucker u. Sand in den Tank u. auch ein Bremsschlauch wurde gelöst, Reifen zerstochen?
All dies spielte sich vor den Augen der Lkw-Fahrer ab. Einige der Fahrer reagierten aggressiv. Die Stimmung entspannte sich, als wir ihnen klarmachten, warum wir sie am Weiterfahren hinderten. Die Lkw-Fahren der einen Firma setzten bei einem Kasten Bier die Diskussion mit uns fort.

Nachdem alle Lkw's fahruntüchtig waren, entschlossen wir uns, schnellstens zu verschwinden, um eine Auseinandersetzung mit der Polizei zu vermeiden. Bis zum späten Abend lagen die Lkw's samt Material in Gedelitz fest.
Doch die Freude über diesen "Erfolg" dauerte nicht lange:

"WIR RÄUMEN JETZT ENDGÜLTIG MIT EUCH AUF!"

Am Dienstagmorgen gerieten mehrere PKw's mit Atomkraftgegnern in eine Polizeisperre. Was dabei geschah, schildert die folgende Presseerklärung der BI:" Am Dienstagmorgen erreichte der Polizeieinsatz ein neues Ausmaß an Brutalität und Willkür. Über Polizeifunk war der Einsatzleitung freie Hand gegeben worden. Nachdem die Demonstranten die Straßensperre in Gedelitz schon seit 30 Minuten verlassen hatten, erschien die Polizei. Überfallartig u. ohne jeden Versuch einer Begründung wurden an der Straßensperre unbeteiligte Pkw's, die aus Richtung Gorleben kamen, zum Halten gezwungen. Mit Worten wie:"Der Spaß ist vorbei! Jetzt ist es aus mit Euch! Ich hau dir eins rein! Wir räumen jetzt endgültig auf mit euch!" wurden die Insassen aus den Autos gerissen. Es wurde auf sie eingeknüppelt u. getreten, einige wurden in den Graben geworfen. Ein Auto wurde in den Graben geschoben, ein Reifen zerstochen, ein Autofenster eingetreten, die Autoschlüssel in die Felder geworfen u. Kabel wurden unter dem Armaturenbrett herausgerissen. Es wurde versucht, ein Auto mithilfe eines Baumstammes umzukippen. Ein Insasse obwohl wehrlos im Graben liegen, wurde mit dem Gummiknüppel so verletzt, daß er ärztlich behandelt werden mußte. Er wird Strafantrag stellen.
All das Geschilderte fand unter der Führung von Polizeioffizieren statt. Mit diesem Überfall hat die Polizei die Auseinandersetzungen in abenteuerlicherweise weiter verschärft."
Aufgrund dieses Überfalls fanden keine weitere Aktionen statt. Wir wollten uns der Polizeiwillkür nicht sinnlos ausliefern.

KRIMINELL UND GEWALTTÄTIG?

Die bürgerliche Presse, Rundfunk u. Fernsehen stellten den Stob der Lkw's als kriminell u. gewalttätig dar. Die Aktion wurde allen als Sachbeschädigung von Privateigentum gewertet.
Die Frage nach den Hintergrund wurde nicht gestellt. In dem Zusammenhang, daß die Wiederaufbereitungsanlage in diesem Landkreis errichtet werden soll, erhält die Aktion einen ganz anderen Stellenwert: die Beschädigung, oder Zerstörung von "Sachen" ist eine verhältnismäßig harmlose Angelegenheit, gegenüber des Baus eine WAA.. Bei Realisierung einer derartigen Anlage würden tausende von Menschenleben gefährdet. Erst durch die Inbetriebnahme einer WAA. ist die Verwirklichung des Atomzeitalters gewährleistet (50 % der Stromgewinnung durch Atomenergie u. den dazugehörigen Überwachungs- u. Polizeistaat).
Für uns bedeutet die ständige Präsenz von Polizei u. BGSkräften im Landkreis die Absicht die Anlage auch gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung mit Gewalt durchzusetzen.

Mittwoch, den 12. 9.79

BLOCKADEN IN DEN STÄDTEN

Für Mittwoch wurden Blockaden in Lüchow u. Dannenberg geplant. Um weitere Übergriffe der Polizei zu vermeiden brauchten wir mehr Öffentlichkeit bei unseren Aktionen. Wir glaubten, daß die Polizei weniger brutal gegen uns vorgehen würde, wenn sich die Auseinandersetzungen vor den Augen der Bevölkerung abspielt. Dies wurde mit einer Öffentlichkeitsarbeit verbunden.
Zwei Tiefladen werden von unseren Straßensperren: Parkbänke, Blumenkästen u. eine Menschenkette, gestoppt. Nach der dritten Aufforderung wurde die Blockade von der Polizei geräumt.

Donnerstag, den 13. 9.79

WIE GEHT ES WEITER?

Es fanden keine weiteren Behinderungen statt. Die für Sonnabend geplante Demonstration würde vorbereitet.

Freitag, den 14. 9.79

WIEDER BLOCKADEN

Da sich gezeigt hatte, daß viele Menschen Zeuge des Vorgehens der Polizei wurden, entschieden wir uns wieder Blockaden durchzuführen. Um sicher zu gehen, die Konvois abzufangen, entschlossen wir uns an vier zentralen Punkten Blockaden zu machen: Dannenberg, Jameln, Lüchow u. Wustrow. In jeden der Orte standen ab morgens um 6,00 Uhr 30-50 Demonstranten. Nach stundenlangen Warten bröckelte die Zahl mehr u. mehr ab.

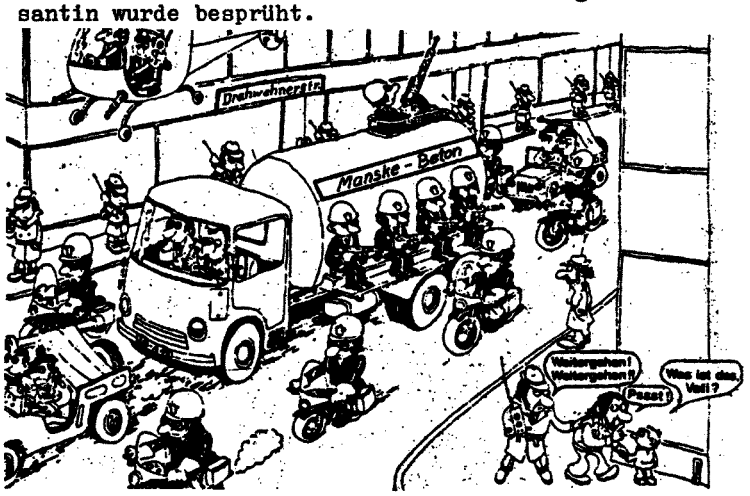
Samstag, den 15. 9.79

Hierzu siehe Bericht im hinteren Teil dieser Zeitung: Seite

Montag, den 17. 9.79

NEUE POLIZEITAKTIK BEI BLOCKADEN

Durch das Wochenende waren wir wieder genügend Leute um wieder 4 Blockaden organisieren zu können. Diesmalt überrumpelte uns die Polizei mit einer ganz neuen Taktik: bereits eine Stunde bevor die Transporte in Dannenberg eintrafen, mischte sich eine Hundertschaft Polizei unter die 50 Demonstranten auf dem Marktplatz. Eine viertel Stunde vorher setzten sie sich ihre Helme auf u. formierten sich so, daß uns der Weg zur Straße versperrt war. Da wir uns in 2 Gruppen aufteilten, gelang es ca. 15 dem Zebrastreifen zu besetzen. Ohne Aufforderung wurden wir auseinandergerissen u. weggezerrt. Bei 10 Leuten wurden die Personalien festgestellt u. mit einer Anzeige gedroht. Diesmal gelang es nicht einmal mehr den Konvoi zum stehen zu bringen.
Durch die neue Polizeitaktik konnten wir auch zwei weitere Transporte durch Dannenberg nicht aufhalten. In Lüchow ging die Polizei ähnlich vor. Es kam zu einer weiteren Verschärfung durch den Einsatz der chemischen Keule. Eine unbeteiligte Passantin wurde besprüht.



REAKTIONEN DER EINHEIMISCHEN BEVÖLKERUNG

Die Reaktionen der Einwohner auf die Blockaden gingen weit auseinander. Eine kleine Zahl lehnte uns ab u. beschimpfte uns als "arbeitsscheues, langhaariges Gesinde".
Andererseits ergaben sich viele Gespräche mit den Passanten. Einige unterstützten die Aktionen u. ermutigten uns weiterzumachen. In Wustrow z. B. wurden wir mit Essen versorgt, es wurde uns ein Telefon zur Verfügung gestellt.
Viele lehnten zu Anfang der Gespräche das Stillegen der Lkw's ab. Diese Art von Widerstand (Beschädigung von Privateigentum) provoziere nur noch mehr Gewalt.
Hier wurde deutlich, wie notwendig eine Auseinandersetzung über diese Position mit der Bevölkerung ist.

Schlußteil:

Mit diesem Tag schließen wir die Chronik ab. Dies bedeutet nicht, daß keine weiteren Widerstandsaktionen stattfanden. Auch im gesamten Bundesgebiet wurde unser Widerstand durch vielfältige dezentrale Aktionen unterstützt.

EINSCHÄTZUNG DER BLOCKADEN

Die geringe Zahl der Demonstranten gegenüber dem massiven Polizeiaufgebot, jeder Konvoi wurde mit einer Hundertschaft bewacht, machten unsere Blockaden wirkungslos. Die Bevölkerung u. die Bauern beteiligten sich nicht aktiv an weiteren Blockaden. Selbst die Stützung der Aktionen durch die Mitglieder der örtlichen BI wurde von Tag zu Tag weniger.
Deshalb entschlossen wir uns Blockaden in diesem Umfang nicht mehr zu organisieren. Durch die Blockaden haben wir erreicht, daß die Polizei ihr wahres Gesicht gezeigt hat. Sämtliche Konvois zur Bohrstelle wurden für die Einwohner des Landkreises durch starke Polizeibegleitung sichtbar.
Die Anwesenheit der "auswärtigen Atomgegner", die einen großen Teil des Widerstandes trugen, brachte eine positive Unruhe in den Landkreis. Unruhe in dem Sinne, daß die Polizeigewalt nicht zum alltäglichen Bild gehört. Sowie der Glaube an Politiker Behörden usw. noch stärker erschüttert wird.
Die Blockaden waren für eine bestimmte Zeit ein wirksames Mittel die bauvorbereitenden Maßnahmen für die Tiefbohrungen zu verzögern. Jetzt hat die Polizei sich darauf eingestellt.
Dies heißt für uns, neue Formen des Widerstandes zu entwickeln.
Unter veränderten Voraussetzungen, wie eine stärkere Beteiligung der Bauern u. der örtlichen Bevölkerung können Blockaden wieder zu einem wirksamen Mittel werden.

Wochenende am 27/28. 9.79

Nach zwei Wochen hat sich die Situation auf dem Platz drastisch geändert: Wo vorher noch Bäume standen steht heute eine Betonfestung - 4 Meter hohe Mauern, mit wie die Polizei sagt:"Sichtlöchern", die Aussehen wie Schießscharten. Davor ein 2 Meter tiefer Graben mit Stacheldrahtrollen. Das ganze wird nachts mit Flutlicht gespenstisch beleuchtet. Es erinnert an die Berliner Mauer.

Viele Menschen kommen nach Feierabend oder am Wochenende, um sich selbst ein Bild zu machen. Die BI stellt am Wochenende einen Infostand auf, um die interessierten Bürger über die Geschehnisse aufzuklären.

EINSICHT DER POLIZEI ?

Die zur Bewachung eingesetzte Polizei zeigt reges Interesse an unserem Infomaterial.
Es mutet schon komisch an, daß in der momentan etwas entspannteren Situation, Polizisten sich als Atomkraftgegner zu erkennen geben.
Die gleichen Polizisten zögerten bei direkten Konfrontationen (z.B. Sitzblockaden) nicht, den Befehlen der Einsatzleitung Folge zu leisten.

Nachwort: Unsere Schwierigkeiten

Beim Schreiben der Chronik fiel uns schwer, die Ereignisse in einer beschreibenden Form wiederzugeben. Unsere eigene Betroffenheit bei den Erlebnissen mit der Staatsgewalt, in Form von Polizei u. BGS ist Unbeteiligten schwer zu vermitteln. Die Wiedergabe von Gefühlen, Aggressionen, Freude usw. ist schwer faßbar.

geschrieben von Karin Berger, Großwitzeetze
u. Günter Garbers, Lüneburg

Die Festung

Die Tiefbohrstelle 1003 gleicht inzwischen einer mittelalterlichen Festung.

Sie ist von einer 4 m hohen massiven Betonwand umgeben. Die zwischen Stahlträgern eingelassenen Betonteile haben kleine, schießschartenähnliche Fenster. An jeder Mauerseite befindet sich eine Stahltür, die von außen nur über eine Leiter zu erreichen ist, sowie je 3 etwa 10 m hohe Wach- und Beleuchtungstürme.

Rings um die Festung zieht sich ein 2 m tiefer und 3 m breiter mit Stacheldrahtrollen ausgelegter Graben hin. Vor diesem Graben liegen erneut Stacheldrahtrollen.

Diese Burg liegt inmitten des 40.000 qm großen Geländes, das zur Sicherung der Bohrstelle abgeholzt und mit einem Jägerzaun abgesperrt wurde. Wachposten sollen dafür sorgen, daß kein Atomgegner näher als 50 m an die Festung herankommt. Am Haupteingang wimmelt es ständig von Bullen. Von ihnen wird jeder „Besucher" – notfalls mit Teleobjektiv – fotografiert.

Die Wald- und Wanderwege in unmittelbarer Nähe der Bohrstelle dürfen nur noch von den Grünröcken betreten werden – sie führen auf die 3 – 4 im Wald versteckten Bullenlager.

Während die Bohrfestung mit rasanter Geschwindigkeit aufgebaut wird, stellte der Oberkreisdirektor von Lüchow-Dannenberg, Poggendorf, sein Gespür für den „Naturschutz" unter Beweis: er ordnete die sofortige Beseitigung der *„im Gartower Forst errichteten illegalen Bauten"* an, da *„diese Bauten nicht nur baugenehmigungspflichtig, sondern ihre Errichtung im Waldgebiet auch unzulässig"* sei („EJZ", 19.9.).

Beseitigt werden soll hier die kleine Blockhütte eines ökologisch orientierten Einsiedlers, sowie eine kleine Erdhöhle in der Nähe des BI-Spielplatzes.

AK Nr. 163

Lüneburg
Nacht und Nebelaktion gegen Tiefbohrer

Lüchow (taz) In einer Nacht-und Nebelaktion haben am Donnerstag letzter Woche Atomgegner die Firma Willi Neumann in Kirchgellersen bei Lüneburg besucht. Die Firma ist an den Bauarbeiten für die erste Tiefbohrstelle 1003 bei Gorleben beteiligt.
„In den Türen und Tankschlössern der Fahrzeuge hinterliessen wir schnell härtenden Metallkitt und hoffen, daß für die Fahrer eine lohnende Arbeitsverzögerung eingetreten ist, "erklärten die Atomgegner zu ihrer Aktion. „Es gibt viel zu tun, packen wir es an!"

taz, 26.9.79

Inzwischen gibt es eine Liste von Firmen, die (soweit bisher bekannt) an den Vorbereitungen der Tiefbohrungen beteiligt sind. Vielleicht geht ihr mal hin und informiert euch oder informiert die Belegschaft oder die Geschäftsführung oder oder oder...

Fa. Bruns, Lüneburg
Fa. Manske, Lüneburg
Fa. Rath, Fa. Mint, Fa. G. Seeland - Hamburg 50, Am Born 2
Fa. Grothe, Celle
Fa. Dykerhoff und Wittmann, Celle (die gibts aber auch anderswo!)
Fa. Greve, Celle
Fa. Könger, Hermannsburg
Fa. H. Hagedorn, Wagenhoff bei Gifhorn
Fa. Axt, Uelzen
Fa. Ehrhard, Uelzen
Fa. Seehafer, Braunschweig
Fa. Kewitz KG, Uelzen
Fa. Licht, Soldendiek

taz, 26.9.79

Zum Nachahmen empfohlen:

Bulle gegen Polizeifahrzeug

Marleben. Das Ungestüm eines Jungbullen war die Ursache für einen äußerst ungewöhnlichen Unfall, der sich am Montag gegen 16.30 Uhr in Marleben ereignete. Um eine Kuhherde vorbeizulassen, parkte in der Dorfmitte am Straßenrand ein Streifenwagen der Polizei aus Lüchow. Der Jungbulle, der aus einer Weide ausgebrochen war, versuchte, eine Kuh zu decken, glitt dabei aus und fiel auf das Polizeifahrzeug, wobei er einen Schaden von 600 DM anrichtete.

EJZ 15.9.79

Schnellbinder ins Bohrloch

Gorleben. Der Wildzaun vor der mit Stacheldraht und Betonmauer gesicherten Tiefbohrstelle 1003 im Wald zwischen Gedelitz und Gorleben wurde am Wochenende an vier Stellen vermutlich von Atomkraftgegnern durchschnitten. Beschädigt wurden auch drei Bohrstellen. Am Platz „Gerda" wurde ein Betonsockel ausgegraben. bei „Doris" wurde Schnellbinder in das Bohrloch geschüttet und ein Schaden von 30 000 DM angerichtet, bei „Ferdinand" schließlich wurde Sand in das Bohrloch gekippt. Verhindern konnten Beamte der Polizeieinsatzzentrale den Aufbau von Straßensperren durch Nagelbretter und Strohballen, hinnehmen mußten sie dagegen, daß sie bei Gedelitz von Demonstranten mit Äpfeln beworfen wurden.

EJZ 2.10.79

Der 1. Höhepunkt im Widerstand gegen die Tiefbohrungen:

GROSSKUNDGEBUNG AM BAUPLATZ

„Was ist denn bloß aus uns geworden"

Lilo Wollnys Rede auf dem Bohrplatz ...

„Als wir vor einer Woche mit unseren Kindern und unserem Picknickkorb hier auf den Platz spaziert sind, stand da noch ein schöner grüner Wald. Und obgleich wir wußten, daß er nicht mehr lange stehen würde, fehlte es uns an Phantasie, uns vorzustellen, daß sich daran irgendetwas ändern könnte. Heute brauchen wir uns nur umzusehen, um es ganz genau zu wissen. Ich bin sehr froh, daß heute Bauern und auch Bürger sich zu uns gesellt haben, die wir am Montag vermißt haben. Wären sie wie wir dabei gewesen, dann hätten sie erlebt, wie hier nicht nur die Säge angesetzt wurde zum Kahlschlag an unseren Bäumen und unserer Heimat, sondern auch zum Kahlschlag an Menschenwürde und Demokratie.

Nicht wir wollen diesem Staat an die Wurzel, dieser Staat zerstört sich selbst, wenn er weiterhin die Interessen seiner Bürger einseitig für die Interessen des Kapitals verrät.

Wir bejahen die demokratische Ordnung, so wie sie im Grundgesetz versprochen ist. Aber wir können keine demokratische Ordnung in der Art erkennen, wie Polizei und BGS gegen uns vorgehen. Was ist denn bloß schon jetzt aus uns geworden? Da sitzen biedere Hausfrauen beisammen und beraten die Vorbereitung des Picknicks und darüber, wie sie sich verhalten, falls sie verhaftet werden sollten. Stellt euch das bitte mal richtig vor! Wir beraten allen Ernstes über unsere Verhaftung, mit der gleichen Selbstverständlichkeit, als wenn wir Kochrezepte austauschen. Wenn mir das jemand vor ein paar Jahren gesagt hätte, dann hätte ich ihn schallend ausgelacht.

Oder am Montag, als ich versuchte, mit einer Stange Erfrischungen zu den Leuten in den Bäumen hinaufzureichen und mir so ein Zwanzigjähriges Bürschchen mit den Worten: „Olle, scher' dich nach Hause", mit der Hand ins Gesicht schlug; da mußte ich meinen Mann festhalten, damit er ihm nicht an den Kragen ging, weil hinter ihm zwei lachende Burschen mit ihren Spritzpistolen nur darauf warteten, daß er die Beherrschung verlöre. In jedem anderen Fall wäre ich tödlich beleidigt gewesen, wenn er mich nicht verteidigt hätte. Es kostete ihn so viel Überwindung, daß ich ihn weinend zum Wagen bringen mußte.

Überhaupt habe ich noch nie so viele Frauen und Männer weinen sehen, wie am Montag. Und dann fährt man auf dem Rückweg durch Dörfer, in denen die Leute auf der Terasse sitzen und Kaffee trinken, als sei hier überhaupt nichts los. Was ist nur los mit diesen Leuten? Ich weiß, es ist schwer, den Schritt heraus zu tun aus der heilen gemütlichen Welt, aber die gibt es doch überhaupt nicht mehr! Die kann es für uns hier nicht mehr geben!

Früher als wir haben dies alles anscheinend unsere jungen Freunde erkannt. Sie wollen doch nicht mehr, als ein lebenswertes Leben. Ein Leben in Freiheit. Genau das gleiche, was wir wollen für unsere Kinder und Enkel.

Ich weiß, manche stoßen sich an ihrem Äußeren, aber wie anders sollen sie es denn zeigen, daß sie es Ernst meinen mit Konsumverzicht und einfachem Leben. Ich bin seit zwei Jahren ständig mit diesen „Chaoten" zusammen. Glaubt mir, wenn ich euch sage, mir ist noch keiner begegnet, der scharf wäre auf eine Schlacht mit der Staatsgewalt. Sie haben ebensoviel Angst, wie wir. Nur, sie haben eine ganze lange Zukunft vor sich, die sie verteidigen wollen.

Ich bitte euch alle: geht aufeinander zu und lernt euch besser kennen. Gemeinsam sind wir stark. Dann können wir sagen:
Auch wenn die Bäume sterben,
Gorleben wird leben."

Der Ablauf

6-7000 WAA-Gegner, darunter zahlreiche Einheimische zogen am ersten Wochenende nach Tiefbohrbeginn von Gedelitz bis zur Tiefbohrstelle 1003. Über 100 Trecker führten den Zug an. Die Kundgebung fand direkt am Bohrplatz statt. Eindrucksvoll schilderten Einheimische ihre Betroffenheit über die allgegenwärtige Polizeimacht. Es war u. a. die Rede vom "Terrorismus im Staatsdienst" und von "gewalttätigen Robotern hinter Uniformen".(s.u.)
Während der Kundgebung schob sich ein großer Teil der Demonstranten auf den Bohrplatz, der nur mit einfachem Stacheldraht und einem Graben gesichert war. Einige versuchten, mit einem Seil einen Beleuchtungsmast umzustürzen, was beim 2. Anlauf auch gelang. Obwohl dies nur am Rande des Geschehens ablief brach die BI-Verantwortliche die Kundgebung vorzeitig ab - zuvor wurde über Polizeifunk bekannt, daß 1000 zusätzliche Grünröcke im Anmarsch seien. Auf der abschließenden Kundgebung in Gedelitz riefen ein BI-Sprecher und Vertreter der Auswärtigen zu weiteren Aktionen auf.

Es hat was gebracht

Mit dieser Kundgebung konnten erstmals wieder größere Teile der Landkreisbevölkerung mobilisiert werden. Auswärtige AKW-Gegner hatten bereits kurz nach Bohrbeginn mit der Mobilisierung zum Wochenende begonnen und auch innerhalb des Landkreises auf die Durchführung dieser Demonstration gedrängt. Es kam während des Verlaufs nicht zu nennenswerten praktischen Verhinderungsaktionen. Sondern der Erfolg dieser Demonstration bestand in der moralischen Stärkung des örtlichen Widerstandes.
Er besteht darin, daß trotz Polizei, trotz des Drucks der "öffentlichen Meinung", trotz geschürter Angst vor Auswärtigen die Bevölkerung auf die Straße ging und dokumentierte, wie breit der Widerstand im Landkreis ist.
In der Vergangenheit wurde oft gegen Großdemonstrationen im Landkreis eingewandt, daß dort der Atomstaat zu weit fortgeschritten sei, das Gebiet durch Polizei weiträumig abgesperrt werden könne usw. Wir halten solche Schlußfolgerungen für falsch. Gerade weil die Landkreisbevölkerung ständigen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt ist, müssen auswärtige -d.h. weniger belastete- AKW-Gegner den Widerstand im Landkreis unterstützen. Als eine von mehreren wichtigen Widerstandsformen sollten auch in Zukunft Großaktionen im Landkreis durchgeführt werden, um gemeinsam mit der Landkreisbevölkerung die Entschlossenheit des Widerstandes vor Ort zu demonstrieren.

Die Mobilisierung:

Wir wollen „Gorleben" verhindern!

Aber: Wir schaffen es nicht allein. Der Wald zwischen Gorleben und Gedelitz, in dem wir noch am Sonntag gemeinsam mit auswärtigen Atomgegnern friedlich im Kreise saßen, ist am Montag brutal abgeheizt worden. Und mit ihm ein weiteres Stück deutscher Demokratie. Deshalb ist der Kampf gegen das Atomzentrum auch nicht mehr unsere Privatsache im Landkreis. „Gorleben" ist der Schlüssel zum deutschen Atomprogramm und betrifft jeden Bürger im Lande. Viele von ihnen sind jetzt hier, um sich gemeinsam mit uns zu wehren. Und zwar mit friedlichen Mitteln: Am Montag flog kein einziger Stein, kein Stück Holz, keine Flasche.

Auf ebenso friedliche Weise werden wir übermorgen, am Sonnabend, unseren Protest gegen „Gorleben" in einer gemeinsamen Großkundgebung zum Ausdruck bringen.

Jeder „Gorleben"-Gegner im Landkreis muß zu dieser Kundgebung am Sonnabend kommen.

Die Einzelheiten geben wir morgen in dieser Zeitung bekannt!

Die Gorleben-Trecker - Der Widerstand des Wendlands

Die auswärtigen AKW-Gegner im Wendland

Jetzt zu Beginn der Tiefbohrungen sind viele Leute aus dem ganzen Bundesgebiet hierher gekommen, um die Arbeit auf dem Bauplatz zu behindern und zu verhindern.

Wir bieten für Sie ein ungewohntes Bild, haben oft lange Haare, tragen bunte Kleidung und werden arbeitsscheu genannt. Vielen von Ihnen ist unsere andere Lebensweise fremd, und Sie vermeiden es, Kontakt mit uns zu bekommen.

Aber gibt es in diesem Widerstand nicht viel mehr, was uns verbindet, als das, was uns trennt?

Eigentlich hätten wir Wichtigeres und bestimmt Schöneres zu tun, als uns vom BGS und der Polizei verprügeln zu lassen. Trotz dieses Risikos hielten wir es für notwendig, unseren Urlaub dafür zu verwenden, hier im Wendland gegen die lebensbedrohende Atom-Müllfabrik Widerstand zu leisten.

Immer mehr Menschen in unserem Lande sind von der Notwendigkeit dieses Widerstandes überzeugt. Wir wissen aber auch, daß der Erfolg gerade vom Engagement der einheimischen Bevölkerung abhängt.

Wir bitten Sie deshalb, sich trotz aller Verschiedenheiten an den Widerstandsaktionen zu beteiligen.

Kommen Sie heute zur Großkundgebung!

15. 9. 79

Auf der KREISVERBANDSVERSAMMLUNG des NIEDERSÄCHSISCHEN LANDVOLKES

Kreisverband Lüchow-Dannenberg, hat Ministerialdirigent Dr. Popp vom Bundesforschungsministerium erklärt:

Die Brennelemente müssen vor der Endlagerung „behandelt" werden. Für die Behandlung ist eine Industriefabrik notwendig, die einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) gleicht. –

Darum die jetzigen Tiefbohrungen!

Wir sind also wieder da, wo wir am 16. Mai waren!

Wir haben keine andere Wahl: Unsere Trecker müssen wieder rollen für eine friedliche Demonstration!

Treffpunkt heute, 14 Uhr, Gedelitz.

Die Gorleben-Trecker

EJZ 15. 9. 79

15. 9. 79

Landfrauen – auch wir sind dabei!

Soll unser Treck vergeblich gewesen sein?

Ausdauer und Zähigkeit sind beste niedersächsische Eigenschaften.

Wie am 25. März beteiligen wir uns heute um 14 Uhr in Gedelitz mit Kindern und Enkeln.

Wir haben das meiste zu verlieren.

Auf uns Lüchow-Dannenberger kommt es an!

Gorleben – nicht Bohrleben

Die Gorlebenfrauen unterstützen die Demonstration am heutigen Tage

Wir übernehmen die

KINDERBETREUUNG

auf dem Spielplatz der BI an der Straße von Trebel nach Gartow zwischen [illegible]

Männliche Unterstützung erwünscht

DIE GORLEBEN-FRAUEN

Gorleben – nicht Bohrleben!

Liebe Eltern und alle mit Erziehung befaßten Menschen!

Mit großer Sorge beobachten wir die Zerstörung der Landschaft unseres schönen Kreises.

Unsere Freiheiten werden immer mehr eingeschränkt. Die Lebensqualitäten verschlechtern sich durch die Auswirkungen der geplanten Atomanlagen weiter. Unsere Kinder werden es noch stärker zu spüren bekommen.

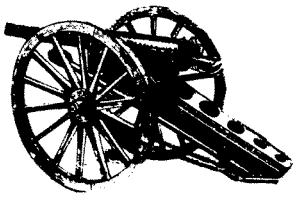
Wir unterstützen die Teilnehmer des Trecks (viele von uns waren mit in Hannover) und rufen zur zahlreichen Teilnahme heute in Gedelitz auf. Kommt mit Euren Kindern! Kommt mit dem Fahrrad! Wandert mit!

Lehrer und Erzieher des Wendlandes

LZ 15. 9. 79

Neue Tips für den Widerstand

Interview von "GORLEBEN AKTUELL" mit Peter Thugo, Bohrmeister aus Westberlin



G.A.: Könntest Du dich mal kurz selbst vorstellen?

P.T.: Ich bin der Peter aus Westberlin, ich bin Atomkraftgegner. Ich habe eine Bohrmeisterprüfung gemacht und anschließend 10 Jahre nach Erdöl gebohrt und bin eigentlich ziemlich kompetent, über Tiefbohrungen etwas zu sagen.

G.A.: Was läuft im Detail bei den Tiefbohrungen ab - welche Beeinträchtigungen sind für den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu erwarten?

P.T.: Also, so eine Tiefbohranlage ist auf jeden Fall eine ziemlich hohe Beeinträchtigung für den Umweltschutzbereich, weil Tiefbohrgeräte sehr schwer sind, also bis zu 60 Tonnen im Gesamtgewicht. Es müssen spezielle Straßen gebaut werden - es reichen keine Feld- oder Ackerwege, auch keine geteerten aus, sondern es muß ein Unterbau gebaut werden und dann ist eine sehr große Umweltverschmutzung gegeben durch den Bohrschlamm und durch die Bohrspülung. Hierbei handelt es sich täglich um viele Kubikmeter, je nach Tiefe. Wenn man z.B. im Salzstock 2000 m tief bohrt, dann fallen so täglich 20 Kubikmeter Schlamm an, der weder verbrennbar, noch sonstetwas ist, der sehr hoch mit Chemikalien, wie Ätznatron usw. zersetzt ist. Das Zeug muß in irgentwelche Kieskuhlen abgefahren werden und wird im Endeffekt immer das Grundwasser mitverseuchen. Zum anderen sieht es so aus, daß eine Tiefbohranlage eine sehr starke Lärmbelästigung bedeutet. Neben der Lärmbelästigung ist natürlich auch ein unheimlicher Gestank, denn es werden bei einer Tiefbohranlage so täglich 15000 l Dieselöl verbrannt und die Auspuffgase qualmen in die Luft.

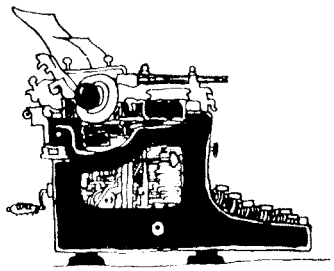
Aber wenn wir uns gerade so daran erinnern, an die Blow-Outs, die passieren und jede hunderste Bohrung ist so ein Ausbruch, der nicht kontrollierbar ist ...

G.A.: Was heißt Blow-Out?

P.T.: Das sind solche nichtkontrollierbaren Ausbrüche, die nichts mit Formatfonen zu tun haben sondern erst mal nur mit der Bohrspülung, weil ziemlich hohe Drücke frei werden. Wenn wir uns an diese Unglücke erinnern, z.B. die "Bravo" in der Nordsee oder die mexikanische Sache, das passiert garantiert bei jeder hundertsten Bohrung. Wir selbst haben z.B. solche Sachen gehabt, daß wir bei 2000 m Tiefe so sehr viel Spülung verloren haben, die dann in 15 km Umkreis, einschließlich auf Bundesstraßen und sonstwo überall herauskamen und wir kannten das Zeug einfach nicht dicht bekommen.

G.A.: Welche konkreten Schritte können Atomgegner ergreifen, um den Ablauf der Tiefbohrungen zu verzögern, zu be- oder zu verhindern? An welchen Punkten können wir deiner Ansicht nach eingreifen?

P.T.: Bei den Flachbohrungen sieht es so aus, für jedes Bohrloch ist es tötlich, wenn etwas drinliegt, z.B. Schrott in möglichst kleinen Teilen, Kugellager oder so. Aber Zement wirkt auch sehr gut. Bei den Tiefbohrungen sieht es so aus, selbst wenn die Bohranlage steht, sind nicht alle Materialien täglich am Platz. D.h. es muß täglich mindestens 15000 l Dieselöl zur Bohranlage gebracht werden, es ist wegen der Gefährlichkeit unmöglich, das mit dem Hubschrauber zu bringen. Zum anderen muß täglich dieser schon erwähnte Bohrschlamm abgefahren werden. Das sieht in der Regel so aus, daß in den umliegenden Orten Transportunternehmen gesucht werden, die Jauchewagen haben. Die müssen das in Kieskuhlen bringen, wenn sie das nicht abfahren können, dann würden sie täglich bei den vielen Kubikmetern, die anfallen, im Bohrschlamm schwimmen. Zum anderen müssen ständig Servicefirmen zu dieser Bohranlage kommen, die keine festen Anlagen installieren können. Wenn z.B. verrohrt wird muß gleichzeitig zum Lagerschutz zementiert werden. Da gibt es Service firmen, die alle so um Celle rumliegen, die den Zement da hinbrigen müssen, und da handelt es sich um viele hundert Tonnen, und da gibt es andere Servicefirmen, die die Messungen machen, z.B. jetzt bestimmen in welcher geologischen Himmelsrichtung die Bohrungen verlaufen, in welcher Formation die sind. Dann werden Bohrlöcher mit Fernsehkameras abgefahren, um z.B. rauszubekommen ob man in Gestein fährt, da kann es nämlich Auskesselungen geben, die Bohrungen werden größer, als eigentlich vorgesehen. Solche Tiefbohrungen können ziemlich unkontrolliert verlaufen, wenn es sich z.B. um eine weiche Tonformation handelt, können die Auskesslungen 50 m und mehr groß werden und dann muß berechnet werden, wieviel Tonnen von Zement da hinein gekarrt werden müssen, um diese Rohre da zu verrohren. Dann gibt es weiter Firmen, die ein volles Meßprogramm machen, und letztendes werden auch die Bohrmannschaften ausgetauscht. Es gibt nirgendwo auf der Welt eine Bohrmannschaft, die länger als 14 Tage auf der Bohranlage ist, weil der Dienst auch ziemlich hart ist.



G.A.: Sind aus deiner Sicht die Salzstöcke so sicher, wie immer behauptet wird?

Aus geologischer Sicht sind diese Salzstöcke nicht sicher. Die Erfahrungen von 100 Jahren Schachtbau in Salzbergwerken zeigen , daß 50% dieser Zechen bis heute abgesoffen sind oder unmittelbar von Laugeneinbrüchen (wie z.Z. Asse II) bedroht sind. Zum anderen zählt speziell der Gartow-Rambower Salzstock zum Erdbebengebiet, außerdem gibt es dort Hochmoore, die trocken geworden sind in den letzten Hundert Jahren. Das Wasser aus den Hochmooren ist garantiert in den Salzstock eingedrungen. Zusätzlich besagt ein Gutachten vin der Technischen Universität Braunschweig, daß dieser Salzstock bis zu 20 % Cekaliteinschlüsse hat. Cekalit ist ein Steinsalz, das sich bei 110 ° plastifiziert, also auflöst. Der Atommüll dürfte also nie eine Temperatur von über 110 ° erreichen, was bis heute technisch unmöglich ist, sonst würden sich 20 % von diesem Salzstock auflösen.

Außerdem haben Versuche in Amerika gezeigt, daß nur Zechsteinsalze in der Härteskala so ausreichend stabil sind, daß sie überhaupt für irgendwelche Lagerungen geeignet wären. . Aber Zechsteinsalze liegen 4000 und mehr Meter tief und scheiden daher für jede Schachtanlage aus, wenn man bedenkt, daß die tiefste Schachtanlage nur 2100 m tief ist in Südafrika.

G.A.: Sind die Tiefbohrungen überhaupt noch nötig zur Erforschung des Gorlebener Salzstocks?

P.T.: Nach meiner Ansicht sind die nicht erforderlich. Einmal ist die Lage des Salzstockes vorher bekannt gewesen und zwar nicht nur seine Lage, sondern auch seine Mächtigkeit, d.h. seine Dicke, seine Tiefe und auch seine Porosiät, seine Durchlässigkeit. Man könnte neue Aufschlüsse auch mit einfacheren Methoden erreichen, indem man nämlich Bohrungen bis zu 6m Tiefe macht, da drinnen Sprengladungen unterbringt, ein künstliches Erdbeben erzeugt und somit über Schallwellenreflexion fast das gleiche Ergebnis erreicht. Also aus meiner Einschätzung werden diese Aufschlußbohrungen ganz konkret darum gemacht, um den möglichst günstigen Standort für den Beginn des Schachtanlagenbaus zu haben. D.h., es werden bei der 1. Bohrung Kerne gezogen, die werden im Labor untersucht auf ihre Güte und danach kann festgelegt werden, ob an dieser Stelle was benutzt werden kann. Schon die 1. Tiefbohrung ist Baubeginn der 1. Schachtanlage.

G.A.: Wir danken dir für das Gespräch.

Interview mit M.Mombaur (BI LÜCHOW-DANNENBERG) (23.9.79)

G.A.: Es wird im Zusammenhang mit Gorleben viel vom Atomstaat geredet, aber Auswärtigen-AKW-Gegner fällt es oft schwer, sich darunter etwas konkretes vorzustellen. Könntest Du dazu etwas sagen?

M.M.: Seit 1977 sind Gesetze geschaffen worden, die es dem Bürger einfach unmöglich machen, von seinen Rechten, die er ursprünglich einmal hatte, Gebrauch zu machen. Beispielsweise wurde durch Zufügung von §2B und 2C das Berggesetz so geändert, daß über die einstweilige Besitzeinweisung die Chancen, über Gerichtsurteile wirklich zum Recht zu kommen, erheblich gemindert sind. Aus anderen Plänen, die teilweise von Bürgerinitiativen bereits veröffentlicht wurden, geht hervor, daß Sondergerichte und Fachkammern eingerichtet werden sollen und daß im Rahmen des Flächennutzungsparagraphen die Kompetenzen auf Gemeinde- und Kreisebenen soweit eingeschränkt werden, daß alle wesentlichen Entscheidungen von der Landes- oder der Bundesregierung gefällt werden. Und von daher wird dem Bürger genau das genommen, wofür er, bzw. wir alle als AKW-Gegner kämpfen, nämlich um Demokratie und um die demokratische Möglichkeit, sich zu wehren.
Ein konkretes Beispiel haben wir in Güstritz. Dort wurde eine ausschließlich für den Landkreis Lüchow-Dannenberg gültige Verfügung angewandt, nach der bei einer Strafandrohung von bis zu 5000.- DM das Plakatieren verboten wird.

G.A.: Es soll inzwischen auch subtilere Methoden der Einschüchterung gegen Vertreter von Berufsgruppen geben, die sich gegen die WAA ausgespochen haben.

M.M.: In der Tat. Mir ist z.B. bekanntgeworden, daß die Ärzte vom Lüchow-Dannenberger Krankenhaus große Schwierigkeiten bekommen haben, weil sie sich - teilweise durch Patienten dazu gedrängt- an der Unterschriftensammlung gegen Atommülldeponie und WAA beteiligt haben. Im Nachherein wurde das so ausgelegt, als hätten die Ärzte ihre Pflicht vernachlässigt. Es wird sogar damit gedroht, daß ein von Ärzten gestellter Antrag zur Erweiterung der Intensivstation nicht durchkommt, wenn sie weiterhin Stellungnahmen zum Atomprojekt abgeben. Eventuell sind sie deshalb in der letzten Zeit nicht mehr so stark an die Öffentlichkeit getreten. Auch gegen Lehrer existieren bereits große Angriffsmomente. Schon die Gründung der alternativen Volkshochschule Rondel hat zu einer offiziellen Beschwerde an den Vorstand meiner Schule geführt und ich kann mir ausrechnen, daß, wenn das so weitergeht, mein Posten ziemlich ersthaft gefährdet ist.

G.A.: Wie sieht es mit Einschüchterungsversuchen gegenüber den Landwirten aus?

M.M.: Die sieben Landwirte sind damals aufgeschrieben worden wegen Rädelsführerschaft - gegen die läuft jetzt ein Verfahren. Das hat natürlich dazu geführt, daß bei sehr vielen die Angst vor der Teilnahme am aktiven Widerstand größer geworden ist. Sie müssen immer damit rechnen, aufgeschrieben zu werden oder in in einen Prozeß verwickelt zu werden oder mit hohen Summen belastet zu werden. Die jetzt betroffenen Landwirte haben bereits am Widerstand teilgenommen und auch deutlich gemacht, daß sie weiter daran teilnehmen werden, aber wie infam die ganze Angelegenheit läuft, beweist die Reaktion des Polizeisprechers Neumann gegen Karl-Heinz Schulz aus Gedelitz indem ihm unterstell wird, er sei Kommunist, er würde absichtlich aus diesem Grunde gegen diesen Staat losziehen usw. Auf jeden Fall lassen sie sich ihren Widerstand gegen die Anlage nicht nehmen und ich möchte an dieser Stellenur den Ausspruch eines Landwirtes zitieren, der stellvertretend für einige ist. Wenn die sogenannten auswärtigen Atomkraftgegener nicht so massiv und intensiv im Landkreis Widerstand geleistet hätten, wäre vielleicht der Widerstand noch sehr viel geringer gewesen und da kommen wir vielleicht auch gleichzeitig zum Problem der Auswärtigen im Landkreis. Wir in der Bürgerinitiative aber auch sehr viele Einheimische haben die Erfahrung gemacht, daß die Zusammenarbeit prima war, wir sind sehr sehr gut mit ihnen ausgekommen und sind auch sehr dankbar dafür, daß sie gekommen sind, daß sie uns geholfen haben und daß sie es in der Form gemacht haben, wie sie es gemacht haben.

G.A.: Kannst Du uns sagen, wie in der BI und bei der Landkreisbevölkerung die am 15. 9. durchgeführte Kundgebung am Bohrplatz aufgenommen worden ist?

M.M.: Soweit ich das beurteilen kann, ist sie ausgezeichnet aufgenommen worden. Es war möglich, nach hervorragenden Aktionen im Laufe einer Woche am Samstag eine gemeinsame Abschlußgroß- oder Mittelkundgebung zu machen und es sind sehr sehr viele gekommen. Es sind Einheimische und Auswärtige gekommen, es ist deutlich gemacht worden, daß der Widerstand lebt, daß er noch da ist und sehr sehr stark vorhanden ist im Landkreis.
Es waren über 100 Trecker dabei und vor allen Dingen: wir haben auch von unserem Recht Gebrauch gemacht, Demonstrationen auf dem Bauplatz abzuhalten, wir haben also den Bauplatz auch, zumindest für diese Zeit besetzt gehabt und wir können uns nur wünschen, daß ähnliche Aktionen in Zukunft auch noch weiterlaufen. Wir bedauern es allerdings, daß sich einige nicht an den gemeinsam gefassten Beschluß gehalten haben, keine Besetzung zu versuchen.

G.A.: Besonders nach dieser Demonstration häuften sich Meldungen, in denen gerade die Atomfans, z. B. die SPD-Kreistagsfraktion den Atomgegaern vorwirft, die Gewalt in den Landkreis hineingetragen zu haben. Die Die BI wurde wiederholt aufgefordert, sich gesetzestreu zu verhalten und sichvon angeblich gewalttätigen Aktionen zu distanzieren. Wie stehst Du zu diesen Forderungen?

M.M.: Also in der Vergangenheit war es so, daß wir schon sehr schlecht angesehen waren bei weiten Teilen der Bewegung, weil wir uns allzuoft und allzu intensiv von allen möglichen Aktionen distanziert haben. Und unsere Hauptarbeit besteht darin, uns zu distanzieren, unsere Hauptarbeit besteht auch nicht darin,diesen Gesetzen, die jetzt geschaffen worden sind, Folge zu leisten. Wir haben also auch auf demBochumer Bundeskongress deutlich gemacht, daß die Gesetze, die seit dem 1.2.77 lediglich gemacht worden sind, das kann ich jetzt nur für uns im Landkreis sagen, um das Ding durchzusetzen, um diesem Polizeiterror zu rechtfertigen oder um die Bevölkerung davon abzuhalten zu protesieren, daß wir uns die Gesetze und Verordnungen inzwischen nicht mehr gebunden fühlen.

Diese Gesetze sind eindeutig von seiten des Staates Gewalt. Gewalt gegen den eigenen Bürger und der muß sich damit auseinandersetzen und zwar ist das das Problem des Staates. der soll sich fragen, wieviel Gesetze er noch machen will, um durch seine Gewalt den Widerstand zunächst einmal zu provizieren. Und Widerstand nur in Erklärungen,das sehen wir in der BI auch nicht vor. Wir werden Widerstand auch ganz praktischer Art leisten und zwar gemeinsam leisten mit den auswärtigen Gruppen.

G.A.: Martin, wir danken dir für das Gespräch.

Bericht der BI Lüchow-Dan.

Bericht der Vertreterin der BI Lüchow-Dannenberg auf der BI-Bundeskonferenz in Bochum (22./23.9.)

"Es war unglaublich, wie schnell die vorbereitenden Maßnahmen für die Tiefbohrungen vor sich gegangen sind, mit welcher ungeheuren Geschwindigkeit sie den Wald, wo wir alle gewesen waren, in eine riesige Baustelle verwandelt haben. Es sind riesige Stahlträger versenkt worden und dazwischen sind Betonplatten. Das ganze wird Tag und Nacht mit Flutlicht bestrahlt und das ist noch von weitem zu sehen. Wir haben also innerhalb von 14 Tagen eine riesige Baustelle bei uns im Landkreis bekommen.
Sehr viele im Landkreis sind davon betroffen, daß die Baufahrzeuge mit einer affenartigen Geschwindigkeit durch die Dörfer rasen. Seitdem der erste Konvoi, der versehentlich ohne Polizeibegleitung gekommen ist, stillgelegt worden ist, ist auf jeden Fall kein einziges Baufahrzeug mehr ohne Polizeischutz zu sehen, und zwar werden sie nicht von einem Polizeiwagen begleitet, sondern immer mit zweien und einem Mannschaftswagen vorne und einem hinter den Fahrzeugen.(...)

Innerhalb der 1. Woche -es fing eigentlich schon am Dienstag an - hat es so einen Sog auf Sonnabend hin gegeben. Wir hatten gehört, daß in Hamburg Flugblätter verteilt wurden zum Aufruf zu einer Demonstration am Sonnabend in Gorleben und wir fanden auch gar nichts dabei, weil uns auch sehr danach war. Und das Gefühl hat sich bis zum Sonnabend noch verstärkt, daß wir eine größere Demonstration am Bauplatz machen sollten. Um diese Demonstration hat es dann etliche Auseinandersetzungen gegeben. Bis zum Mittwoch hatte sich die BI nicht getroffen und dann eigentlich den Charakter dieser Demonstration schon so ziemlich festgelegt. Das ist insofern bedauerlich, weil die Diskussion mit den Auswärtigen in dieser Zeit eigentlich unheimlich gut gelaufen ist und mir ist von vielen Leuten aufgetragen worden, hier noch einmal zu sagen, daß die Angst vor den Auswärtigen fast ganz abgebaut worden ist. Jedenfalls haben wir uns dann mit aller Kraft auf diesen Sonnabend vorbereitet.

Entgegen unserer Erwartung war die Mauer in der 1. Woche noch nicht gebaut worden- wir sind ohne weiteres auf den Bohrplatz gekommen und haben dort unsere Kundgebung abgehalten. Da haben sich dann einige an den Lichtmasten zu schaffen gemacht und versucht, die Baumaßnahmen rückgängig zu machen. Dies hat in der Demonstrationsleitung zu einer sehr starken Verwirrung und Auseinandersetzung unter uns geführt, wobei wir dann die Kundgebung vorzeitig abgebrochen haben.
Ich fand das erst ganz schrecklich und dachte, nun ist erstmal alles vorbei. Aber das Echo auf den Sonnabend hat dann gezeigt, daß viele es ganz toll gefunden hatten, daß wir überhaupt auf den Platz gekommen sind und daß sie auch den Charakter der Demonstration ganz gut fanden und sich soo groß nicht über das, was mit den Lichtmasten passiert war, aufgeregt haben. Im allemeinen ist es in der Bürgerinitiative und den Beteiligten, mit denen wir geredet haben, als eine gute Aktion empfunden worden und es hat keinen Skandal darum gegeben.

Nach der Aktfon am Sonnabend herrschte erst einmal eine gewisse Ratlosigkeit. In der 1. Woche waren 200, 300 Leute vor allem im Camp Gedelitz ständig im Landkreis. In der 2. waren es 100 und am Donnerstag war mit 60, 70 eigentlich der Tiefpunkt.
Die 2. Woche war ziemlich hart, weil erstens die Blockaden immer schwieriger durchzuführen warwn. An den Kraftfahrzeugblockaden teilnehmen, das geht höchstens 2, 3 Tage und dann kommen immer wieder neue Leute, die noch an keiner Blockade teilgenommen haben.So hat es in der 2. Woche mehrfach nicht sehr starke Blockaden gegeben.
Sehr wichtig war in der 2. Woche die Auseinandersetzung im Landkreis, da ist nämlich eine ganz massive Kampagne gegen die BI im Gange. An deren Spitze hat die SPD-Fraktion im Kreistag die Bürgerinitiative aufgefordert, sich öffentlich und zwar sofort von den Ereignissen der Vorwoche, sprich besonders der Blockade in Gedelitz zu distanzieren. Wir hatten nämlich in einem Leserbrief und in einem Flugblatt am Sonnabend ganz klar gemacht, daß wir zur Blockade inGedelitz und allen anderen stehen. (viel Beifall). Es gibt da noch viele Gruppen im Landkreis, wie die Lehrer oder Ärzte, und jeder hat in der Diskussion mit den Nachbarn den Druck gespürt: sagt mal, ist das nun eigentlich ernst? Steht ihr nun zu den Beschädigungen der Fahrzeuge und steht ihr zu den langhaarigen Auswärtigen? Das sind die Punkte, die wir in der letzten Woche immer und immer wieder mit allen Leuten diskutiert haben. Das Erfreuliche ist, und das haben eigentlich die Ortssitzungen der BI gezeigt, daß die Leute in der BI unheimlich zusammengerückt sind und gesagt haben: das war richtig, wir stehen dazu und wir machen das weiter; das war unsere Form des Widerstands und wir verteidigen das, mit allen unseren Möglichkeiten nach außen (Viel Beifall).

Wir haben für die nächste Zeit eine Reihe von Aktionen diskutiert und zeitlich festgelegt, um dem sich unser Widerstand konzentrieren wird. (...)Für Ende Oktober planen wir eine Großveranstaltung zu Menschenrechtsverletzungen (die Polizeiübergriffe usw.),dabei wurde vorgeschlagen, auch einige Prominente einzuladen.
Dann steht das Raumordnungsverfahren an, was uns viel Kleinarbeit kostet. Wir müssen versuchen, über den Naturschutzbund Einfluß zu nehmen auf die Planung in die Richtung, daß die Landschaft als Ferien- und Erholungsgebiet erhalten bleiben muß.
Zu den Blockaden ist unsere Einschätzung, daß kleinere Blockaden -jeden Tag- nichts bringen.Wenn, dann müssen wir größere Blokkaden und zumindest aus 5 Zufahrtswegen planen und gut vorbereiten und deshalb auch vorher ankündigen. So ein Punkt dafür ist das Wochenende, wenn das Bohrgestänge kommen soll, daß Baumaterial ist ja jetzt auf dem Platz.
In der Diskussion ist auch eine sogenannte "WENDLANDBLOCKADE", d.h.den Landkreis für mehrere Tage für Baufahrzeuge zumachen, wo wir von innen und ihr von außen kommt. Wir müssen noch überlegen, wann das sein kann, eine Möglichkeit wäre der Beginn der 2. Tiefbohrstelle, wann das ist, werden wir sicher rechtzeitig -wie bei der ersten- erfahren.
Wir haben witer vor, die Frauenaktion zu Ostern zu unterstützen, die in kleinem internationalen Kreis ausgebrütet wurde und bislang überall begeistert aufgenommen und diskutiert wurde. Dazu sollen am 28. 10. überall Narzissen angebaut werden. Unter diesem Zeichen soll dann Ostern nächsten Jahres eine internationale Frauenaktion im Landkreis stattfinden.
Jetzt, in der Reihenfolge zulet zt, das, was euch am meisten interessieren wird, zur GROSSDEMONSTATION in GORLEBEN. Die Reihenfolge ergibt sich daraus, daß sich für uns die Notwendigkeit, darüber zu diskutieren einzig und allein aufgrund dieses Bundestreffens ergeben hat. So mußte ich gestern Abend beim Ortsgruppentreffen der Bürgerinitiative die Diskussion den Leuten praktisch aufzwingen. Die ist dann aber sehr lebhaft verlaufen und auch bei den anderen Ortsgruppen kam heraus, daß wir nicht die Kraft hätten, jetzt am 14. 10. eine solche Aktion zu organisieren. Die Demonstration am Bauplatz hat stattgefunden. Es ist für uns schwer zu sehen, wo jetzt eine neue, bessere Qualität einer zehnmal größeren Aktion jetzt unmittelbar danach - wo auch die Beteiligung aus dem Landkreis gut gewesen ist - liegen soll. In der letzten Zeit hat es eine starke Orientierung auf Gorleben in der Öffentlichkeit gegeben, wobei die anderen Standorte etwas in Vergessenheit geraten sind.
Das THEMA BONN ist auch von uns diskutiert worden. Es hat sich heraus gestellt, daß viele von den Aktivisten gar nicht so sehr angetan waren, daß aber insgesamt jetzt doch sehr viele nach Bonn gehen wollen. Wieweit wir nach Bonn mobilisieren werden, hängt auch von diesem Treffen ab, es ist auch schon von einem Sonderzug die Rede gewesen."

DAS WENDLAND ... LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Menschenverachtung

Als die Polizei am Montag vergangener Woche auf dem geplanten Bohrplatz 1003 bei Gedelitz Bäume fällte, auf denen in 5, 6 Metern Höhe Menschen saßen, gefährdete dieses Vorgehen auf haarsträubende Weise Leben und Gesundheit jener Demonstranten; worin sich eine Mißachtung menschlichen Lebens von seiten dieses Staates zeigt, wie wir sie bisher vor allem von seinem kleinen, großen Bruder im Osten kennen. Hier enttarnte sich die **Menschenverachtung, der Wesenskern des gesamten Atom-Programms!**

Die Demonstranten hatten mit diesem letzten Mittel passiven Widerstandes gegen den Bau der Bohrlochfestung 1003 offenbar das Recht auf menschenwürdige Behandlung verwirkt. Daß sie — ohne schriftliche Erlaubnis des Baumeigentümers — die Kiefern erkletterten, somit auch noch Widerstand gegen die Staatsgewalt leistend, zeigt nicht, welch „kriminelle Energie" in der Anti-Atom-Bewegung steckt, sondern daß es einige wenige Leute gibt, die die Geschichte von den Geschwistern Scholl anscheinend ernst nehmen! Es war seit jeher so: Wenn Gesetze die Menschen daran hinderten, wirklich menschlich zu sein, dann blieb ihnen nicht anderes übrig, als die Gesetze zu übertreten, damit die Zustände humaner werden konnten. Es ist keine vier Jahrzehnte her, daß Mitbürger von Polizisten aus ihren Wohnungen abgeholt wurden und — wie man es ausdrückt — verschwanden. Auch das geschah aufgrund von Gesetzen. Rasse-Gesetzen. Auch diese Polizisten, galten damals als pflichtergebene und gesetzestreue Staatsdiener, und die, die sich gegen sie wehrten, waren „kriminell"!

Ideen, die sich nur mit Hilfe von Hundertschaften bewaffneter Uniformierter durchsetzen lassen, haben die Menschheit noch nie weitergebracht; sie warfen sie stets in ihrer Entwicklung zurück. Das zeigt nicht zuletzt die jüngere deutsche Geschichte. Gestern war es der Mythos vom „Volk ohne Raum", der die Aufrüstung gegen Außen rechtfertigte — heute ist es der Mythos vom „Volk ohne Energie", der als Rechtfertigung für die Aufrüstung gegen Innen herhalten muß! Ich wünsche allen, die es immer noch nicht gemerkt haben, was hier mit uns gespielt wird, einen genauso langen und gesunden Schlaf wie beim letztenmal ...

Werner Götz, Nienwalde

EJZ 21.9.79

Urlauber-Schreck

Fünf Jahre schon komme ich mit meiner Familie im Urlaub nach Trebel. Dieses Jahr kommt es mir vor, als ob ich in die DDR gefahren wäre. Beim Wandern, Reiten und Pilzesuchen wird man im Wald auf öffentlichen Wegen nach dem Ausweis gefragt, mit den Fragen „wohin?" und „was machen Sie hier?" Auf den Straßen in Minutenabständen Polizeifahrzeuge oder Bundesgrenzschutz, und das in einer Gegend, wo der Fremdenverkehrsverein einlädt, Urlaub zu machen. Ist man schon ein Chaot oder Terrorist, wenn man nach Trebel in den Urlaub fährt?

Sigmund Griwatz, Hildesheim

Störende Polizei

Ich möchte hier im Dorf Fahrradfahren. Und ständig kommt eine Reihe mit Polizei und BGS durch das Dorf. Ich werde gestört, wenn ich mit dem Klaus die Kühe hole und wir müssen warten. Ich finde es sehr schlimm, daß die Polizeiautos so vergittert sind.

Dietlind Wiegand, (9 Jahre), Prezelle

EJZ 21.9.79

Überraschung beim Pilzesammeln

Sonntag nachmittag waren wir im Wald unterwegs, Pilze zu sammeln. Plötzlich fuhr der Bundesgrenzschutz vor und umzingelte uns. Wir wurden aufgefordert, uns auszuweisen. Wir waren echt überrascht, mitten im Wald nach Ausweisen gefragt zu werden. Wir stellten die Personenkontrolle des BGS grundsätzlich in Frage, verlangten Dienstnummer oder Namen der Beamten und forderten die Anwesenheit der hiesigen Polizei. Dies wurde uns verweigert. Man fuhr uns statt dessen in die Polizeifestung nach Woltersdorf. Von dort durften wir zu Fuß nach Hause. Fazit: Der BGS lauert hinter jedem Baum. Pilze sammeln ohne Ausweis kann heute schon unangenehme Folgen haben. Guten Morgen, Atomstaat.

Ralf Degenhardt, Axel Hannemann, Berlin

Kleiner Vorgeschmack

Ich arbeite zur Zeit im Gorlebener Forst und bin mit der Instandhaltung von Jagdeinrichtungen beauftragt. Ständig patrouillieren Einsatzwagen von BGS und Polizei an mir vorbei. Obwohl für alle ersichtlich, daß ich bei der Arbeit war, wurde ich schon mehrere Male kontrolliert. Ich protestierte jedoch dagegen, da ich es als Unverschämtheit empfinde, schon bei der Arbeit kontrolliert zu werden, und weigerte mich, meinen Ausweis vorzuzeigen. Auf meine Aufforderung hin, sich davon zu überzeugen, daß ich nur meine Arbeit verrichte, und nicht, wie einer der Beamten vermutete, „gerade eine Bombe unter ein Bohrloch gelegt haben könnte", stieg die ganze Mannschaft aus, wollte mich festnehmen und zur Personenkontrolle in die Üfest bringen. Da mir das zu dumm war, protestierte ich nochmals, händigte aber dem Beamten im Tausch gegen seine Dienstnummer meinen Ausweis aus.

Damit aber nicht genug, bei der letzten Kontrolle am Freitag, dem 24. August, ging man schon forscher gegen mich vor. Ohne Vorankündigung stieg gleich die ganze Besatzung aus, und der diensthabende Beamte Klaus Kern „baute" sich breitbeinig vor mir auf, flankiert von seinen Kollegen, einer mit Dienstpistole, der andere mit schwerem Maschinengewehr in der Armbeuge, und verlangte im Kommandoton meinen Ausweis. Angesichts dieser Situation fiel mein Protest etwas schwächer aus, und nachdem mir erneute Verhaftung angekündigt wurde, beugte ich mich der Gewalt und tauschte wiederum Ausweis gegen Dienstnummer. Fröhliches Gorleben!

Frieder Schietzelt, Lanze

Kinder müssen sich ausweisen

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist, wie viele Berliner zu schätzen wissen, ein wunderschönes Erholungsgebiet. Auch wir als Berliner Familie kommen deshalb öfter hierher. Die Ferienruhe wird jedoch in letzter Zeit zunehmend durch die ständige Begegnung mit dem Bundesgrenzschutz gestört. Bisher nahmen wir diese „fürsorgliche Belagerung" zwar verwundert aber gelassen zur Kenntnis. Aber, daß der Bundesgrenzschutz jetzt schon Kinder aus dem Wald mitnimmt, weil sie keinen Ausweis bei sich haben, läßt uns doch an unserem demokratischen Rechtsstaat zweifeln. Was war geschehen? Unsere Kinder (14 und 15 Jahre alt) fuhren im Wald mit ihren Fahrrädern spazieren, wurden vom Bundesgrenzschutz angehalten und sollten sich ausweisen. Weil sie das natürlich nicht konnten (welches Kind hat schon einen Ausweis bei sich), mußten sie ihre Fahrräder im Wald liegen lassen und wurden zu unserem Ferienquartier gefahren. Auf unser Befragen hin erklärten die drei BGS-Leute übereinstimmend, daß unsere Kinder nichts Verbotenes getan hätten. Wir baten um die Dienstausweise der BGS-Leute, die sie aber trotz Suchen komischerweise nicht finden konnten. Na sowas! Moral: Schon Kinder haben Ausweispflicht, nur der Bundesgrenzschutz nicht.

Christoph und Annemarie Lang, Berlin

Den Dienst verweigern

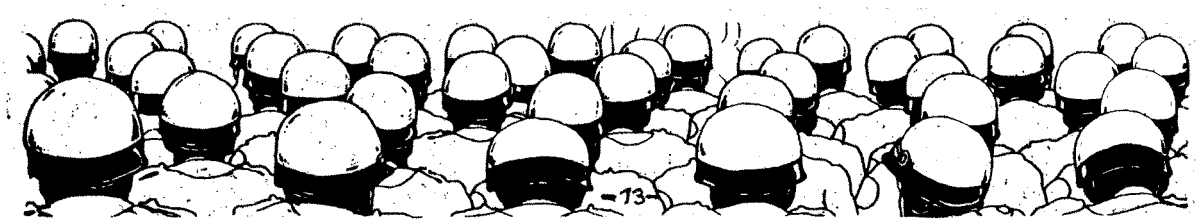
Ich nehme den Brief des Bauern Schulz aus Gedelitz, Kr. Lüchow-Dannenberg, zum Anlaß, zu den Vorfällen um das geplante „Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben" und zum Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz in diesem Landkreis zu schreiben. Da ich selbst als Landwirt tätig war, fühle ich mich mit Herrn Schulz betroffen und empfinde Solidarität mit ihm. Was Herr Schulz an der Bohrstelle 1003 in Gedelitz erfahren mußte, halte ich für unerträglich und menschenunwürdig. Gleiches gilt für mich auch für die Behandlung aller Atomkraftgegner durch die Polizei und den BGS: Was im Landkreis Lüchow-Dannenberg geschieht, ist in meinen Augen Polizeistaat.

Als Hintergrund für mein Motiv, diesen Brief zu schreiben: Ich habe eine zweijährige Dienstzeit im BGS abgeleistet (Abt. Bodenteich, Krs. Uelzen). Ich mußte erfahren, daß während meiner Dienstzeit entscheidende Änderungen in der Struktur und den Aufgaben des BGS stattfanden: ein neues Grenzschutzgesetz trat in Kraft, das u. a. den Einsatz von BGS-Einheiten gegen Demonstranten vorsah. Weiter wurde die GSG 9 gegründet, die sich zum größten Teil aus angeworbenen Grenzschutzbeamten zusammensetzt. Auch in Bodenteich wurde für diese Einheit geworben.

Ich selbst habe an einer Übung teilnehmen müssen, bei der der Einsatz von gepanzerten Fahrzeugen, Schlagstock und Tränengas gegen Demonstranten trainiert wurde (Ehra — Lessien, Sommer 1973). Mit dieser Entwicklung des BGS von einer Grenzschutztruppe zu einer Staatsschutztruppe im Rahmen der Notstandsgesetze war ich nicht einverstanden, habe aber nichts dagegen unternommen. Ich nehme den Einsatz des BGS im Kreis Dannenberg in den Auseinandersetzungen um das geplante NEZ Gorleben zum Anlaß, öffentlich Stellung zu nehmen: Ich distanziere mich von dem polizeistaatlichen Vorgehen der Polizei und des BGS und werde — falls ich wieder eingezogen werde — den Dienst verweigern.

Hermann Rathje, Böckelse, Kreis Gifhorn

... IN OLIVGRÜN



Gert Neumann bei der Arbeit

Da die Polizeikonvois für die Sicherheit der Transporte, wie letztlich gesehen, nicht ausreichen, möchte ich folgenden Verbesserungsvorschlag machen:

ACHTUNG AUSGANGSSPERRE

am 0. 9. 1979 in den Ortschaften

LÜCHOW	9.00 — 10.00 und 17.00 — 18.00 Uhr
LÜBBOW	9.15 — 10.15 und 17.15 — 18.15 Uhr
REBENSTORF	9.30 — 10.30 und 17.30 — 18.30 Uhr
DANGENSTORF	9.45 — 10.45 und 17.45 — 18.45 Uhr
SCHMARSAU	10.00 — 11.00 und 18.00 — 19.00 Uhr
PREZELLE	10.15 — 11.15 und 18.15 — 19.15 Uhr
GORLEBEN	10.30 — 11.30 und 18.30 — 19.30 Uhr

um einen störungsfreien Transport der Materialien für die NEZ-Bohrstelle 1003 zu gewährleisten.
In der angegebenen Zeit hat sich niemand auf öffentlichen Plätzen und Straßen aufzuhalten. Zuwiderhandlungen werden als Straftat verfolgt.
Den Anweisungen der Sicherheitskräfte ist Folge zu leisten.

DER STANDORTKOMMANDANT

Ich stehe gern mit weiterem Rat und Tat zur Verfügung.
H. KOCH, Schmarsau

EJZ, 17.8.79

„Böse Wirklichkeit"

Wer hat nicht schon den bösen Traum geträumt, man will vor etwas weglaufen, doch dieses gelingt einem nicht. Für mich wurde dieser Traum am 14. 9. 1979 um die Mittagszeit böse Wirklichkeit. Ich befand mich auf einem Kundenbesuch von Hitzacker in Richtung Pisselberg. Hinter mir bemerkte ich, wie in letzter Zeit hier im Kreis häufig anzutreffen, einen Gorleben-Materialtransport wie üblich mit schwerer Polizeibegleitung. Plötzlich setzte sich ein Pkw mit dem Kennzeichen DAN-N 491 vor meinen Wagen und zwang mich zum Halten. Ich dachte nur, schnell weg von hier, denn man hatte mir erzählt, daß solche Stops an Autos mit Anti-Atom-Aufklebern recht unangenehm ausgegangen waren. Doch jetzt wurde der Traum wahr, mein Auto sprang nicht gleich an. Die Tür wurde aufgerissen, und man zerrte mich unter wüsten Beschimpfungen aus dem Wagen (Zur Seite, du Chaot, sonst gibt's was auf die Schnauze). Ich sah, wie die Autoschlüssel aus dem Zündschloß gerissen wurden. Nachdem der Spuk zu Ende war, wurden mir nach langem Protest die Schlüssel vor die Füße geworfen. Atomstaat, guten Morgen!

Klaus Peeters, Dannenberg

EJZ, 19.9.79

Böse Wirklichkeit?

In seinem Leserbrief „Böse Wirklichkeit" beschuldigt Herr Klaus Peeters aus Dannenberg Polizeibeamte der Beleidigung und Freiheitsberaubung im Amte. Das sind schwerwiegende Straftatbestände. Aus diesem Grunde hat die Polizei-Einsatzinspektion in Lüchow den Vorgang direkt der unabhängigen Staatsanwaltschaft zur Ermittlung weitergeleitet. Sollte sich herausstellen, daß die Behauptungen des Herrn Peeters aus der Luft gegriffen sind, wird die Polizei strafrechtliche Schritte gegen ihn einleiten.

Gert Neumann, Sprecher der Presse-Außenstelle der Bezirksregierung Lüneburg

EJZ, 21.9.79

„Chemische Keule"?

Frau Ingrid Krüger aus Thurau bezieht sich in ihrem Leserbrief „Chemische Keule?" vom 14. September auf meine Aussage, beim Polizeieinsatz des ersten Tages der Tiefbohrvorbereitungen sei kein Reizstoff gegen Kernkraftgegner eingesetzt worden. Gleichwohl hatte sie offensichtlich miterleben müssen, wie drei junge Demonstranten mit rotverquollenen Gesichtern und tränenüberströmt aus der Menge gebracht wurden. „Was sonst als Chemical Mace", fragte Frau Krüger, „könne diese Reaktionen hervorgerufen haben?"

Die Polizei weiß, daß es zur Taktik kommunistisch orientierter Gruppierungen gehört, sie als ein brutales und unmenschlich agierendes Machtinstrument der herrschenden Klasse zu verleumden. Wie aber geht das anschaulicher, als zugleich die „Opfer" zu präsentieren?

Um weiteren Anschuldigungen wirkungsvoll zu begegnen, hielt die Polizei bereits am 13. September die Reizstoffsprühgeräte unter Verschluß. Der einzelne Beamte konnte in der Folgezeit das relativ harmlose Abwehrmittel nicht mehr einsetzen. Dennoch wußte der Norddeutsche Rundfunk (NDR II) in seinem Hörfunkprogramm am letzten Freitag zu berichten, ahnungslose Demonstranten seien in Wustrow aus einem Polizeifahrzeug heraus besprüht worden. Am Montagmorgen wurde ein Journalist Zeuge, wie zwei junge Frauen in Lüchow mit ebenfalls tränenden Augen die Polizei des grundlosen Reizstoffsprühens beschuldigten.

Meine Frage an Frau Krüger: „Was wohl mögen sich die Demonstrantinnen in die Augen gesprüht haben, wo doch die Polizei nachweislich keinen Zugriff mehr zum Chemical Mace hatte?"

Gert Neumann,
Sprecher der Presse-Außenstelle der Bezirksregierung Lüneburg

EJZ, 19.9.79

„Wir ziehen uns an den Ohren"

Mein lieber Herr Neumann, wir danken für Ihren aufrichtigen Leserbrief in der EJZ vom 19. September. Aber warum verschweigen Sie unseren Mitbürgern die ganze Wahrheit? Denn wir sind mit unseren Gemeinheiten noch nicht am Ende: Wir spritzen uns nicht nur chemische Reizstoffe ins Gesicht; sondern stecken den Polizisten das gegenüber einer Pistole „relativ harmlose Abwehrmittel" Chemische Keule an ihre Gürtel, womit es „unter Verschluß" ist. Wir ziehen uns gegenseitig an Ohren, Haaren und verdrehten Armen hinter die Polizeikette. Wir treten die Fensterscheiben unserer Autos ein, schmeißen unsere Zündschlüssel weg, schieben unsere Autos in den Straßengraben und verprügeln uns mit schwarz angemalten Holzstöcken. Und das alles nur, um die Polizei diffamieren zu können. Wir stürzen uns sogar von Bäumen, die gerade abgesägt werden, um unsere Verletzungen der sensationsgierigen Presse als Folgen des „Polizeiterrors" darstellen zu können. Soweit sind wir schon, lieber Herr Neumann!

Heiner Matthies, Prezelle

EJZ, 21.9.79

Postamt beanstandet Briefe

Auch ich bin betroffen — im doppelten Sinn des Wortes — vom § 13 der Postordnung. Ist es Rechtens, daß eine Postordnung ein Grundrecht (Meinungsfreiheit Art. 5 Grundgesetz) außer Kraft setzen darf? Im Grundgesetz finden diese Rechte „ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze" — seit wann ist die Postordnung ein Gesetz?

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Briefe und Postkarten werden nicht befördert, wenn sie auf der Anschriftseite Vermerke politischen Inhalts zeigen. Allerdings nicht schon seit 1963 (das ist das Entstehungsjahr des § 13), sondern erst seit etwa zwei Monaten! Wieso wendet man diese Vorschrift erst jetzt an? Jahrelang wurden Briefe mit entsprechenden Aufklebern (gegen Kernenergie) anstandslos befördert. Auch vom Postamt Lüchow. Freunde und Verwandte im übrigen Bundesgebiet versehen ihre Briefe auch mit ihrer Meinung, ohne daß jemand seitens der Post reagiert. Schreiben mir aber diese Freunde (Aufkleber auf Briefen und Postkarten), so bleiben diese Sendungen in Lüchow hängen und gehen meistens an den Absender zurück. Manchmal jedoch werden die Aussagen auf den Aufklebern gestrichen bzw. der ganze Aufkleber total unkenntlich gemacht (Briefe und Postkarten liegen bei mir vor und können gern eingesehen werden). Verstehen könnte ich § 13, wenn er dafür sorgen soll, daß eine lesbare Adresse erhalten bleibt. Bei vielen Postwurfsendungen ist die Adresse vor lauter Sonderangeboten kaum auszumachen — das stört keinen.

Auch stört mich, daß § 13 der Postordnung nur in Lüchow Anwendung findet — wobei mir noch unklar ist, woran man politische Vermerke erkennt. Das Postamt Lüchow verschweigt bei der Rücksendung beanstandeter Briefe, daß § 13 auch für Vermerke religiösen und staatsgefährdenden Inhalts gilt. Wie verhalten sich die Postbeamten aber bei solchen Sprüchen: Kernkraft — na klar! Energie sparen ja bitte! Umwelt schützen — Rad benützen! Schützt die Natur!? P. S. Der letzte Spruch steht auf einer Briefmarke der Deutschen Bundespost von 1969.

Reinhard Schemionek, Wustrow

EJZ, 26.9.79

Der Brief des Bauern K.-H. Schulz, Gedelitz

Gedelitz, 26.8.79

Liebe Mitbürger und Kollegen,

am 25.8.79 bin ich verhaftet und 6 Stunden festgehalten worden. Die Hintergründe für meine Festnahme möchte ich euch schildern:

Ich kam mit zwei Hilfskräften aus Pölitz vom Heumachen und fuhr mit meinem Traktor und einem vollen Fuder Heu über Gorleben in Richtung Gedelitz. Am Trafohäuschen mußte ich anhalten, weil eine Menschenmenge auf der Straße stand. 30 bis 40 Bundesgrenzschutz-Leute waren damit beschäftigt, unter Einsatz von Gewalt, die Gruppe in Richtung Gedelitz zu drängen. Dabei sah ich, wie mehrere BGS-Leute gleichzeitig einzelne Personen aus der Demonstrantengruppe zerrten, zu Boden warfen und auf sie einschlugen. Ein solch brutales Vorgehen habe ich noch nie gesehen und bisher nicht für möglich gehalten.

Ich wurde aufgefordert weiterzufahren, die Straße wurde für mich freigemacht. Aufgrund der Aufforderung fuhr ich langsam an, brachte aber sofort meinen Traktor wieder zum Stehen, weil sich 3 BGS-Beamte dicht vor dem Traktor aufstellten. Völlig unvermittelt wurde ich plötzlich angeschrien und beschuldigt, ich hätte einen Beamten angefahren. Mir wurde befohlen, vom Traktor abzusteigen, denn ich sei wegen Körperverletzung verhaftet. Als ich um eine Begründung für diese Maßnahme bat, entfernten sich die Beamten für ca. 10 Minuten und führten eine weitere Auseinandersetzung mit den Demonstranten herbei. Auf dem Rückweg kamen sie erneut an dem Traktor vorbei, und derselbe Beamte sprach wiederum meine Verhaftung aus. Als meine beiden Begleiter nach Begründungen fragten, befahl er ca. 20 Beamten: „Alle runterholen!" Wir wurden dann alle drei mit brutaler Gewalt vom Trecker gezerrt, wobei Verletzungen offensichtlich in Kauf genommen wurden. Wir wurden vorwärts gestoßen, getragen, die Arme wurden uns nach hinten gedreht und anschließend wurden wir für ca. 2 Stunden eng und schmerzhaft auf dem Rücken gefesselt. Auf alle meine Fragen, besonders was mit meinem in der Kurve stehenden Heuwagen passieren sollte, bekam ich keine Antwort. Wir wurden in der Überlandfunkstation (Polizeidienststzentrale) erkennungsdienstlich behandelt, d.h. es wurden Fingerabdrücke genommen und Fotos von uns angefertigt. Erst um 23 Uhr wurde ich mit den anderen entlassen.

Ich glaube, daß ihr euch aufgrund meiner Schilderung ein Bild davon machen könnt, was uns passieren kann, wenn wir zufällig in eine derartige Situation geraten.

Wie soll ich in Zukunft meiner Arbeit nachgehen und meine Ernte einbringen? Was mir passiert ist, kann jedem passieren, deshalb bitte ich um eure Unterstützung. Diese Angelegenheit werde ich auch dem Landvolk vortragen und dort ebenfalls um Unterstützung bitten.

Karl-Heinz Schulz

Daß eine Bezirksregierung so hetzen kann...

I. Zu „Fünf wurden verhaftet"

„Die Beschädigungen an der PTB-Bohrstelle ‚Berthold' wurden von Sommercampern und auswärtigen Kernkraftgegnern begangen, die sich am 25. August des Jahres zur Beratung eines Widerstandskonzeptes gegen die geplanten Tiefbohrungen in Trebel trafen." Das hat das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), „Rote Fahne", in ihrem Artikel „Aktion gegen Bohrloch und BGS-Einsatz" am 30. August bekannt. Die „Rote Fahne", die das Demolieren eines Polizeiautos und die Bedrohung dreier Polizeibeamter vor der Auseinandersetzung zwischen Kernkraftgegnern und Polizei verschweigt, weiter: „Es wurde betont, daß das polizeiliche Ziel, alle Teilnehmer zu erfassen, erfolgreich zunichte gemacht werden konnte, daß zahlreiche bereits Festgenommene befreit werden konnten ..."

In ihrem Leserbrief vom 1. September „Fünf wurden verhaftet" beklagen sich die Leserinnen Anne Lütke und Brigitte Ciupka aus Pölitz über „Brutalitäten von 30 bis 40 BGS-Leuten gegen AKW-Gegner." Die Zahl der Polizeibeamten wurde verdoppelt, die der 80 Kernkraftgegner schamhaft verschwiegen. Durch die KPD-Veröffentlichung werden ganze Passagen des Leserbriefes Lügen gestraft.

Unter diesem Aspekt mag auch die Rolle des Bauern Karl-Heinz Schulz aus Gedelitz gesehen werden, der „völlig unschuldig Opfer staatlicher Willkür" geworden sein will. Es steht für die Polizei unumstößlich fest, daß der Bauer nach Aufforderung von AKW-Gegnern seinen Traktor gegen die Polizei lenkte, um unter Mißachtung des Haltezeichens des Polizeieinsatzleiters den Sachbeschädigern eine Gasse zu bahnen. Durch seine Schilderung ausgerechnet in der kommunistischen Zeitung „Rote Fahne" werden die Unschuldsbeteuerungen von Herrn Schulz nicht glaubhafter.

Gert Neumann
Sprecher der Presse-Außenstelle der
Bezirksregierung Lüneburg

EJZ v. 8.9.79

II. Zu „Fünf wurden verhaftet"

Den Leserbrief des Polizeisprechers Neumann vom 6. September 1979 in der EJZ kann ich so nicht hinnehmen. Der Polizeisprecher stellt den Verlauf der Ereignisse, die zu meiner Verhaftung führten, auf den Kopf. Weder habe ich meinen Trecker gegen die Polizei (BGS) gelenkt noch haben mich AKW-Gegner dazu aufgefordert. Hier wird bewußt eine falsche Schilderung der Ereignisse verkauft, um von dem unglaublichen Fehlverhalten der Polizei und des BGS abzulenken.

Wenn Herr Neumann (Polizeisprecher) sich bei seiner „Beweisführung" auf das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beruft, so ist das seine Sache. Ich lese diese Zeitung, den „Roten Morgen" nicht, und habe dieser Zeitung gegenüber keine Schilderungen über die Geschehensabläufe am 25. August abgegeben. Die Unschuldsbeteuerungen des Herrn Neumann werden durch die Bezugnahme auf das KPD-Organ „Roter Morgen" nicht glaubhafter.

Als einzelner habe ich nicht so viel Macht wie Herr Neumann, deshalb bedanke ich mich beim Landvolk für die mir geleistete Unterstützung.

Karl-Heinz Schulz, Gedelitz

EJZ v. 14.9.79

III. In der „Roten Fahne"

Wie dem Bauern Karl-Heinz Schulz aus Gedelitz muß es auch Goethes Zauberlehrling ergangen sein: Auch der wurde die Geister, die er rief, nicht mehr los. Einmal vor den Karren kommunistischer Agitatoren gespannt, muß er einfach weitermachen — oder er geht ganz unter. Was war geschehen?

Der Bauer Schulz — gegen ihn läuft ein schwebendes Strafverfahren — hatte sich in der „Roten Fahne", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) verbreitet. Zugegeben: Auch anderen Zeitungen soll er die Erklärung angeboten haben. Die KPD aber griff zu und veröffentlichte den Text unter seinem Namen.

Hätte Herr Schulz das nicht gewollt, ihm bliebe die Möglichkeit des Distanzierens. Das tat er auch. Aber in so raffinierter Art und Weise, daß seine Urheberschaft daran bezweifelt werden muß. Er „vergaß" die „Rote Fahne" und schrieb, im „Roten Morgen" — dem Zentralorgan der albanisch orientierten KPD ML — habe er sich nie verbreitet. Unter dem Aspekt der Intimkenntnis diverser kommunistischer Wochenblätter erhebt sich die Frage: Herr Schulz, wo lassen Sie schreiben?

Gert Neumann,
Sprecher der Presse-Außenstelle der Bezirksreg. Lüneb.

EJZ, 21.9.79

IV. Anzeige erstattet

Zum Leserbrief des Sprechers der Presse-Außenstelle der Bezirksregierung Lüneburg vom 21. September, Herrn Gert Neumann, zu meinem Fall nehme ich noch einmal Stellung. Ich erkläre aber gleichzeitig, daß dieses der letzte Leserbrief in meiner Sache sein wird. Im Gegensatz zu Herrn Neumann bin ich mit meiner Arbeit als Landwirt ausgelastet genug. Außerdem bin ich nicht weiter willens, mich mit den Verdrehungen und Unwahrheiten eines einseitig Stellungnehmenden, jegliche Objektivität vermissen lassenden Sprechers der Bezirksregierung auseinanderzusetzen. Die Bezirksregierung wäre gut beraten, einen geeigneteren Mann mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Zur Sache selbst stelle ich noch einmal fest:

① Ich bin mit meinem Trecker am 25. 8. 1979 zufällig mit voll beladenem Heuwagen aus Pölitz kommend und in Richtung Gedelitz fahrend in eine Spontandemonstration geraten. Von meinem Trecker aus konnte ich genau beobachten, mit welcher Gewalt die Polizei (BGS) gegen die Demonstranten vorging.

② Die Polizei (BGS) hat mich, wahrscheinlich, weil ich gegen ihre harte Vorgehensweise protestierte, grundlos verhaftet, gefesselt und sechs Stunden festgehalten. Dadurch ist mir laut Gutachten des Versuchs- und Beratungsringes ein Schaden von beinahe 1 000 DM entstanden, da das Heu verregnete.

③ Am 26. 8. 1979 habe ich in Gedelitz einen Brief an meine Mitbürger verfaßt und verteilt, in dem ich den Überfall auf mich schilderte. Ich habe diesen Bericht keinem Reporter und auch keiner Zeitung außer der Elbe-Jeetzel-Zeitung zugeschickt, weiß aber, daß dieser Brief öffentlich geworden ist und auch in einigen Zeitungen ohne mein Zutun abgedruckt worden ist.

Zu den Vorfällen vom 25. 8. 1979 bin ich lediglich am 7. 9. 1979, also ca. 14 Tage nach dem Ereignis, von einem Stern-Reporter befragt worden. Ich habe keiner kommunistischen Zeitung gegenüber eine Schilderung der Ereignisse abgegeben. Daran ändern auch die ständig falschen Behauptungen des sogenannten Pressesprechers Neumann nichts.

④ Wenn Herr Neumann meint, ich würde meine Briefe nicht selber schreiben, so irrt er. Bei dem Niveau seiner Briefe möchte ich ihm aber raten; darüber nachzudenken, ob es nicht besser für ihn ist, seine Briefe von anderen schreiben zu lassen.

⑤ Wegen der Beleidigungen und Verleumdungen des Herrn Neumann habe ich inzwischen Anzeige erstattet. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft läuft gegen ihn nun ein Ermittlungsverfahren.

Karl-Heinz Schulz, Gedelitz

EJZ, 4.10.79

Ordnungsamt: Plakate müssen sofort verschwinden

Güstritzer Einwohner erhielten Bescheid mit Bußgeldandrohung

Der Samtgemeinde mißfällt offensichtlich, daß einige Güstritzer an ihren eigenen Hauswänden „unerlaubt" mit Tuch und Farbe aus ihrer Gesinnung gegen die Bonner Atompläne bei Gorleben keinen Hehl machen und zog den „Paragraphen 5 der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Samtgemeinde Lüchow in der Fassung der Änderungsverordnung vom 16. August 1978" aus der Schublade. Danach ist es nicht gestattet, Plakate an Hauswänden, Einfriedungen, Masten, Bäumen und anderen Gegenständen im Sichtbereich von Straßen zu befestigen. Allerdings gibt es Ausnahmen, zum Beispiel bei Wahlkämpfen, doch im Güstritzer Fall konnte das Ordnungsamt einen Grund zur Erteilung einer Ausnahme nicht erkennen. So steht in dem am 3. September von der Samtgemeinde abgeschickten Einschreiben der Satz: „Ich muß Sie bitten, das Plakat unverzüglich zu entfernen."

Das Ordnungsamt beanstandet die Tatsache, daß Plakate unerlaubt angebracht wurden, nicht aber die Texte, die da lauten: „1939 zu wenig Lebensraum? 1979 zu wenig Energie?", und „Albrecht, Grill, Voß und Genossen, weg vom Wendland mit Euren Flossen", und „Lieber nach Ziegenbock stinken, als lebenslang mit Krebs rumhinken", und „Got uns von Acker, die Strahlenkacker", und „Wenn Gorleben gebaut wird, Freunde, dann ist der 30. Mai nicht mehr weit", und „Schön ist für uns das Landleben, aber ohne Atommüllfabrik in Gorleben".

EG 2.79

Güstritz steht nicht alleine da!

Die Teilnehmer des Gorleben-Trecks erklären ihre Solidarität mit den Güstritzern, die vom Ordnungsamt ultimativ — bei Androhung von 5 000,— DM Strafe — aufgefordert werden, ihre Anti-Atom-Plakate bis zum 10. September 1979 zu entfernen.

Wir fordern alle Atomkraftgegner im Landkreis Lüchow-Dannenberg und auch anderswo auf, ihre Häuser, Zäune und Fenster mit Plakaten zu schmücken!

Wir lassen uns unsere Meinungsfreiheit nicht nehmen.

Teilnehmer des Gorleben-Trecks

Bauern sollen vor Gericht

Im Zusammenhang mit den Blockaden, die Bauern und NEZ-Gegner am 11. 5. und 16. 5. vor dem Bohrdepot der Celler Brunnenbau GmbH am Lüchower Bahnhof durchgeführt haben, hat die Lüneburger Staatsanwaltschaft vor dem Uelzener Schöffengericht gegen sieben Landwirte Anklage wegen Nötigung erhoben. Durch die Blokkade soll dem Unternehmen ein Schaden von DM 13.000,- entstanden sein. Auch hier zeigt sich wieder die Vorgehensweise des Staatsapparates, um AKW-Gegner einzuschüchtern. Es wurde gegen 23 Landwirte ermittelt, 7 von ihnen erhielten inzwischen Einstellungsbescheide, gegen 9 weitere Landwirte wird ermittelt. Es sollen mal wieder einzelne abgeurteilt werden, um den Widerstand gegen das Atomprogramm und speziell den Widerstand der Landwirte gegen die nuklearen Pläne bei Gorleben auszuhöhlen.

Der Musterprozess

Ein zweiter Prozeß läuft vor dem 2. Zivilsenat des Landgerichts Hannover zwischen dem 15. 10. und dem 7. 12. Es geht hierbei um den Schaden von DM 239.000,- , der der Polizei am 19. 3. 77 in Grohnde zugefügt wurde. Es sind hier 18 Leute angeklagt, die in 28 angesetzten Verhandlungstagen verurteilt werden sollen. In der HAZ ist nur noch die Rede davon, daß das Gericht nur noch prüfen wolle, ob die Zusammenstellung der Forderungen korrekt ist. Dieser Prozeß ist als einziger von ursprünglich fünf im Augenblick noch aktell.
Nähere Informationen zum Prozeß sind beim Hannoverschen Ermittlungsausschuß zu bekommen. (Götz Buchholtz, Scedeckestr. 75, 3000 Hannover). Wir können aus Platzgründen leider nicht näher auf die Prozesse eingehen, da die Tiefbohrungen einen großen Teil unserer Ausgabe ausmachen.

Eso und Andreas sitzen in Lingen im Knast. Karl lebt in Holland. Wir drucken die Adressen ab, damit Ihr ihnen ordentlich schreiben könnt.

Eso Oldefest undAndreas Hahnke
JVA Lingen 2, Damaschkestr. 77
4450 Lingen

Karl Winter
2 te Oosterparkstraat 26 I
Amsterdam
Niederlande

«Dagegen hilft nur ein hohes Strafmass...

Seit Beginn der Tiefbohrungen haben sich die Fronten im Landkreis scharf polarisiert. Die Angriffe aus auswärtige AKW-Gegner und "Gesetzesbrecher" nehmen schon faschistoide Züge an. (s. u.) A. Graw ist ein 16-jähriger Gymnasiast - spätere Zuschriften lobten den"Mut"dieses Leserbriefschreibers, der ausspreche, "was die meisten vernünftigen Leute im Landkreis denken". Angeblich soll A. Graw auch vom Lüchower Bürgermeister, von Lehrern etc. gelobt worden sein.

Voll dabei ist natürlich die "Pro-BI", deren Lüchower Chef als Werkschutzmann für die "Celler Brunnenbau"(verantwortlich für die Flachbohrungen) arbeitet und seinen Dienst nach Feierabend fortsetzt.(s.u.) Auch die"Gartower Höhbeck-Rundschau", eine Atomfan-Postille, hetzt mit. Inzwischen werden bereits BI-Mitglieder telefonisch beschimpft und Überlegungen zur Errichtung einer "Bürgerwehr" angestellt.

Wir möchten in diesem Zusammenhang an die gegen das "Anti-Atomdörf" gerichtete "Bürgerwehr" von Grohnde hinweisen. Sie wurde '77 von einem Atomindustrie-Betriebsrat und einem Industriellen ins Leben gerufen unter dem Motto: "Werft das Mollukkerdorf in die Weser!". Diese"Bürgerwehr" stellte schnell Verbindung zu rechten Gewerkschaftsfunktionären, Verfassungsschutz und zur Springerpresse her. Es kam zu Brandanschlägen und anderen Überfällen gegen Atomgegner. Wir wollen in der nächsten Zeitung einen genaueren Überblick über derartige Tendenzen geben und bitten alle Leser, uns diesbezügliche Erfahrungen, Erkenntnisse und Materialien zuzuschicken.

Eine anständige Tracht Prügel"

Es stellt sich einem normalen Menschen die Frage, dazu zähle ich nicht das Demonstrantenvolk, warum Polizeisprecher den Einsatz von Gewalt begründen sollen oder sogar dementieren (wie beim Einsatz der chemischen Keule), da diese Handlungen in meinen Augen als Rechtfertigkeit anzusehen sind. Dadurch entsteht doch der Eindruck, als wenn Polizei und BGS Angst vor einem Haufen Demonstranten hätten. Außerdem wird in fast jedem Bericht der BGS beschuldigt, bei Demonstrationen gewaltvoll vorgegangen zu sein. Doch daß einer mal die Initiative ergreift und diese Vorgänge lobt, da sie gerechtfertigt sind, kommt nie vor. Man läßt sich ja auch nicht grundlos anspucken (was sehr menschenunwürdig ist), ohne daß man dagegen etwas unternimmt. Den möchte ich sehen, der sich so was gefallen lassen würde.

Das beste Beispiel von Beschuldigungen gegenüber unserer Staatsgewalt findet man in dem Leserbrief des Jochen Fölster vom 12. 9. Dieser Mensch ist ja wohl nicht mehr ganz klar im Kopf. In seinem stark übertriebenen Brief, wo man Jammergeschrei hören kann (Zitat: Mir wird ganz angst und bange . . .), nimmt er das Wort „Folter" sogar in den Mund. Es gibt Menschen, die wissen gar nicht, was dieses Wort bedeutet. Ich wünsche Herrn Fölster, daß er einmal in einem Zuchthaus der DDR leben soll, denn dort (aber nicht nur dort allein) würde er richtige Folter kennenlernen. Wenn der Herr Fölster über unseren Staat so empört ist (Zitat: In was für einem Land leben wir?), dann soll er doch nach Sibirien gehen, denn Anprangerer unseres Staates brauchen wir hier nicht.

Die Vorgänge der letzten Tage zeigen einmal wieder deutlich, wie rücksichtslos Atomgegner vorgehen können. Früher hatte ich geglaubt, daß Kinder nur solche groben Späße machen würden, wie das Einschütten von Sand in Tanks oder das Rauslassen von Luft aus Autoreifen. Doch seit den Geschehnissen am Dienstag weiß ich, daß man Demonstranten in die Kategorie der Kinder miteinbeziehen muß. Bei solchen Taten ist dieses Gammlervolk noch empört über das gerechte Vorgehen der Polizei. Der BGS müßte so mutig sein, jedem Demonstranten, der etwas angestellt hat, eine anständige Tracht Prügel zu verpassen. Leider kommt dies aber nur in Einzelfällen vor, und dann wird es von einem Polizeisprecher gleich wieder dementiert.

Es ist doch sowieso schon eine Schande, daß unser Kreis von herumlungernden Demonstranten bevölkert wird. Den größten Teil bilden ja die von auswärts kommenden Studenten, welche von ihrem Herrn Papa Geld bekommen, da dieser im guten Glauben lebt, daß sein Sohn artig studiert. Diese Atomgegner denken doch gar nicht daran zu arbeiten, sondern sie toben sich hier, in unserem Kreis, an Lastwagenkonvois oder an den Polizeitruppen aus. Gäbe es lauter solche Menschen in unserem Volk, würde es nicht lange existieren können, oder es gäbe so einen Zustand, wie er in Indien herrscht, wo sowieso nicht viele an Arbeit denken. Der einzige Unterschied liegt in der Mentalität des Volkes gegenüber uns.

Ein weiterer Punkt, der anzuprangern wäre, ist das Aushängen von Plakaten in manchen Dörfern. Da gibt es doch noch Menschen, die dazu noch aufrufen, obwohl ihnen schon eine saftige Strafe angedroht worden ist. Anscheinend wollen sie damit ihren Mut unter Beweis stellen. Na, wo kämen wir denn hin, wenn jeder seine Meinung (sei es in bezug auf Kernenergie oder auf eine jeweilige Partei) vor die Haustür hängen würde? Noch schlimmer ist es, wenn Wände bespritzt werden. Dagegen hilft nur ein hohes Strafmaß, sonst kriegen wir Zustände wie in Italien.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß dem BGS und den Polizeikräften ein großes Lob gebührt, da sie sich unbeirrt gegen die Demonstranten durchgesetzt haben (trotz Anspuckungen und Beschimpfungen, denen sie immer ausgesetzt sind). Im übrigen werden Lobe an die Polizei und den BGS viel zu selten verteilt.

Andreas Graw, Lüchow

EJZ 15.09.79

Gartower Höhbeck-RUNDSCHAU

Ausgabe 27 SEPTEMBER 1979

SCHLUSS MIT DEN SOMMERCAMPS!

Wenn heute schon "Chaoten" erklären,daß ihre Taten nicht kriminelle Taten sind(vielleicht wollen sie als Märtyrer behandelt werden?) so ist daß doch wohl der Gipfel eines Zynismusses!Wer hier Ruhe und Ordnung stört,sich als Krimineller betätigt,der muß als Störenfried behandelt werden.Ihm muß der Ausgangspunkt für solche Aktionen entzogen werden.Die Aktionen gegen das Haus der Gemeinde Gorleben haben bewiesen,daß man nicht mehr nur noch gegen die Bohrungen vorgeht, sondern sich bereits gegen öffentliche Bürgereinrichtungen wendet.Vielleicht richten sich ihre Angriffe künftig sogar noch gegen Andersdenkende? Wir wenden uns deshalb rechtzeitig an die Vertreter der hier etablierten politischen Parteien,an die Abgeordneten im Bundestag und Landtag und das Ordnungsamt des Landkreises,macht endlich Schluß! Entzieht den Störenfrieden alle Möglichkeiten,sich hier Ausgangsbasen zu schaffen!Die bestehenden Verfügungen,Erlasse und Gesetze sind da und müssen nur angewandt werden!

Gewaltige Sachargumente

In der Verlautbarung der Pro-BI „Recht auf Energie" vom Mittwoch, dem 19. September, steht zu lesen, Zitat: „Wer mangels Sachargumenten Gewalt anwendet, disqualifiziert sich selbst." Der Vorsitzende eben dieser „Bürger"-Initiative, Angestellter bei der Celler Brunnenbau, konnte am Montag nicht an sich halten und wurde gegen Kernkraftgegner tätlich. Er mußte vom Einsatzleiter der Polizei an weiteren „Sachargumenten" gehindert werden.

PS.: In der Nacht zum Freitag, dem 14. September, wurde die Scheibe des BI-Büros mit einem Stein eingeworfen.

Monika Krüger, Lüchow

EJZ 21.09.79

Stein ins BI-Büro

Lüchow. Mit einem kopfgroßen Feldstein wurde in der Nacht zum Freitag zwischen 24 und 1 Uhr die Scheibe des Büros der Bürgerinitiative Umweltschutz in der Drawehner Straße in Lüchow zertrümmert. Wer den Stein geworfen hatte, war nicht festzustellen. Die Lüchower Polizei bittet um Hinweise zur Aufklärung der Tat. EJZ 13.09.79

RE RECHT AUF ENERGIE

Appell an die verantwortungsbewußten Bürger des Landkreises Lüchow-Dannenberg

- WIR, die Bundesdelegierten der in Bochum versammelten Pro-Bürgerinitiativen für Energiesicherung, mit mehr als 120 000 Befürwortern, appellieren an alle verantwortungsbewußten Bürger des Kreises Lüchow-Dannenberg:

  Betrachten Sie bitte die jetzt angelaufenen Tiefbohrungen als notwendige und sinnvolle Maßnahme zur bundesweiten Energiesicherung, die uns Bürgern allen zugute kommt.

  Fordern auch Sie:

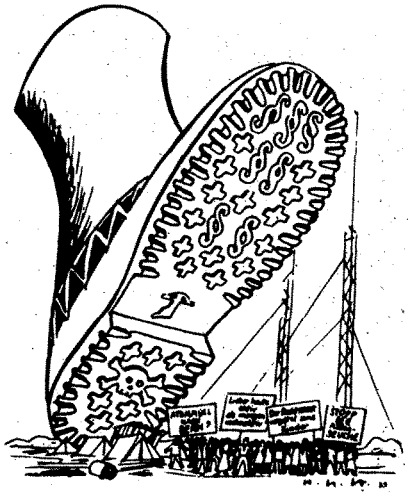
- Wo Recht zu Unrecht wird, wird das Gesetzbuch zur Pflicht!
- Wer keine Achtung vor fremdem Eigentum hat, muß zur Verantwortung gezogen werden!
- Wer mangels Sachargumenten Gewalt anwendet, disqualifiziert sich selbst!
- WIR alle stützen die sachlichen Bemühungen unserer Freunde in Lüchow-Dannenberg, Recht auf Energie, gegen Emotionen und Gewalt mit Sachverstand und Informationen anzugehen.
- WIR bitten Sie — stützen auch Sie die Pro-Vertreter in Lüchow-Dannenberg. Weisen Sie der bundesweiten Öffentlichkeit nach: der überwiegende Teil der Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg ist für das integrierte Entsorgungs-Konzept.
- Die zugereisten, in Wohngemeinschaften zusammengefaßten „Grünen Jungen" verfälschen nur statistisch den Eindruck des Widerstandes gegen Kernkraft.
- Das „Geschäft mit der Angst" und Unwissenheit der Bürger hat bisher eine echte, plausible, machbare Alternative vermissen lassen.
- Brücke zur Zukunft — durch Technik. Wer selbst angesichts der jetzigen Energiekrise von Sonne und Wind träumt, verschläft die Zukunft.
- Oder will man über Mangelerscheinungen sein eigenes gesellschaftspolitisches Süppchen kochen? Wir fordern die „Grünen Jungen" auf: Sagt, was Ihr wollt — und schiebt nicht die Kernkraft vor!
- Wir fordern alle Verantwortlichen auf: Lassen Sie sich nicht von hippiehaften Aktionen beeindrucken. Nutzen Sie Pflichten und Rechte, diese Gesellschaft vor gewalttätigen Übergriffen lärmender Minderheiten zu schützen. Wer schützt uns vor „Umweltschützern"?

AEK-Bundesverband Pro, BGE's in Hamburg, Biblis, Mannheim, Langen, Hanau, RE Erlangen, Nürnberg, Lüchow, DBE in Bochum und Kalkar, BKE Dietzenbach, BAK Barnstorf, ASE Neuwied – und 120 000 Befürworter aus der „Schweigsamen Mehrheit" der „Bürger PRO".

EJZ 09.79

Fast hilflos stehen die Bauern der Gewalt gegenüber

... so schreibt Axel Springers"Welt". Mit allen Mitteln der Kunst (Lügen, Unverschämtheiten, Hetztiraden) wird im Landkreis die Bürgerinitiative dazu gedrängt, sich von den Aktionen der letzten Wochen zu distanzieren. Obwohl diese Aktionen sich im Rahmen der"Gewaltfreiheit" bewegt haben (z.B. war Gewalt gegen Menschen immer ausgeschlossen) spielen die ach so friedfertigen Herren von der SPD und CDU Aktionen wie Nägel-in-Bäume-schlagen oder Parolen-sprühen zur "kriminellen Gewalt" hoch. Nach dem Willen dieser Leute soll die BI auf "Verunglimpfung" und sollen Zweitwohnsitzler auf Einmischung verzichten.
Der so erzeugte Distanzierungsdruck hat zwangsläufig Auswirkungen auf die BI, die bisher als "seriöse " Kraft im Landkreis anerkannt war. Hinter den Hoffnungen einzelnen BI-Mitglieder, mittels Distanzierung den "guten Ruf" der BI im Landkreis wahren zu können steckt dennoch eine gefährliche Illusion.
Mit jeder weiteren Baumaßnahme muß sich die Polarisierung im Landkreis zwangsläufig verschärfen. Die Atomfans von CDU und SPD werden ihre Hetze erst dann einstellen, wenn die BI ihren Widerstand aufgibt. Anstatt dem Druck der Betreiber nachzugeben (einer Distanzierung werden immer weitere Distanzierungsforderungen folgen) und Widerstandsaktivisten der Atomstaatsjustiz zu überlassen, sollte die BI alles unternehmen um die Polarisierung im Landkreis zu ihren Gunsten zu entscheiden.



GERHARD BESSERER, Gorleben

Welt, 17.9.79

Wer ist verantwortlich, wenn kleine militante Gruppen eine friedliche Demonstration zur Deckung von Gewaltaktionen ausnutzen? Etwa 100 bis 200 Chaoten und Anarchisten hatten sich am Wochenende in den Demonstrationszug der Kernkraftgegner in Gorleben gemischt. Ihnen ging es weniger um den Protest gegen die Tiefbohrungen zur Erkundung des Salzstocks auf dessen Lagerfähigkeit für Atommüll als um Krawall.

Die Teilnehmer der Demonstration, unter ihnen viele Bauern und Bürger des Kreises Lüchow-Dannenberg, distanzierten sich nachdrücklich von jeder Gewalt. Aber der Veranstalter, die Bürgerinitiativen des Landkreises, sind nicht frei von Verantwortung für die Ausschreitungen.

HAZ, 17.9.79

Später bedankte sich der Sprecher der Polizei bei der Lüchow-Dannenberger Bürgerinitiative ausdrücklich für den Versuch, die Demonstration in friedfertigen Bahnen zu halten. Der Sprecher wies jedoch darauf hin, daß es den Veranstaltern nicht gelungen sei, gewalttätige Aktionen auswärtiger Kernkraftgegner zu unterbinden. Nach Auffassung der Polizei ist es angebracht, daß die Bürgerinitiative einen deutlichen Trennungsstrich zu radikalen Gruppen zieht.

EJZ, 22.9.79

Innenausschuß informierte sich über Gorleben-Demonstrationen

Hannover/Gorleben. Über die mit den Tiefbohrungen in Gorleben zusammenhängenden Ereignisse ließ sich der Landtagsausschuß für innere Verwaltung in Hannover durch Niedersachsens Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff (CDU) eingehend unterrichten. Einmütig verurteilte der Ausschuß die Ausschreitungen radikaler Demonstranten. Über die Ablehnung jeglicher Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen bestanden keine Meinungsverschiedenheiten. Einig war sich der Ausschuß auch in der Beurteilung des polizeilichen Einsatzes. Es wurde festgestellt, daß die Polizei die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt hat. Für den umsichtigen und zweckmäßigen Einsatz sprach der Ausschuß den beteiligten Polizeibeamten seinen Dank aus. Begrüßen würde es der Innenausschuß, wenn sich friedliche Demonstrationsgruppen und Bürgerinitiativen deutlich von gewalttätigen Kräften abgrenzen würden.

SPD verurteilt Gewalt

Erklärung der Kreistagsfraktion zu den Demonstrationen um Gorleben

Wir wissen aus eigener Anschauung, daß die Polizei bei ihren Einsätzen verantwortungsvoll und nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit handelt. Sie versucht, Bohrungen zu schützen und Ausschreitungen zu begegnen. Dieses Verhalten verdient Dank und Anerkennung.

Mit großer Sorge hat die Kreistagsfraktion der SPD leider zur Kenntnis nehmen müssen, daß Vertreter der Bürgerinitiative Umweltschutz sich nicht eindeutig von Gewaltanwendungen distanzieren und bereit sind, für ihre Maßnahmen zur Behinderung der Tiefbohrungen bestraft zu werden. Solange die Bürgerinitiative nicht auf illegale Handlungen verzichtet und sich nicht eindeutig von ihnen lossagt, gibt es für uns kein Verständnis für sie.

Wir bedauern, daß es wegen der gewaltsamen Behinderung der Bohrungen, der Beschädigung der Bohreinrichtungen und der Gefährdung Unbeteiligter in der Vergangenheit notwendig geworden ist, die künftigen Tiefbohrungen mit einem hohen Aufwand an Polizei und Sicherheitsmaßnahmen gegen kriminelle Handlungen zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist jetzt allein an einer Bohrstelle ein Gelände von 40 000 qm abgeholzt und gesichert worden. Ohne diese Schutzmaßnahmen würde man mit 2500 qm auskommen. Diesen Umweltschaden und diese umfangreichen Schutzmaßnahmen haben allein die militanten Kernkraftgegner zu verantworten.

Wir fordern den Vorstand der Bürgerinitiative auf, sich umgehend zu den Vorfällen klar zu äußern und in Zukunft auf jede Art von Kriminalität, Demagogie und Verunglimpfung zu verzichten."

EJZ, 20.9.79

20.9.79

Auch Revolutionäre, verbohrte Ideologen und Chaoten haben bei uns Rede- und Demonstrationsfreiheit, wenn sie auf die Anwendung jeder Gewalt verzichten. Das tun sie aber leider nicht. Wer Nagelbretter verlegt oder Nägel in abzusägende Bäume schlägt, begeht eine kriminelle Handlung, die Körperverletzungen — und damit Gewalt gegen Personen — nicht ausschließt. Wer — wie der Sprecher der Bürgerinitiative — zur Gewalt gegen Sachen aufruft, stellt sich bewußt außerhalb unserer rechtsstaatlichen Ordnung und besitzt nicht das Recht, sich über entsprechende Abwehrmaßnahmen der Polizei zu beklagen.

Die Bürgerinitiative muß sich von jeder Art Gewalt, von Rechtsbrechern und Chaoten — eindeutig und durch Taten — distanzieren. Nur dann kann sie politisch überzeugen. Kernkraftgegner haben das Recht, gewaltlos zu demonstrieren. Dieses Recht wird nicht durch die Polizei, sondern durch diejenigen eingeschränkt, die sich nicht an die Spielregeln der Demokratie halten.

Hans-Alexander Drechsler, MdL (SPD), Uelzen

EJZ, 13.9.79

Unter diesem Aspekt verdiene der schwierige Einsatz der Polizeikräfte mehr Lob und Anerkennung auch in der Öffentlichkeit. An die Bürgerinitiative und die „Grünen" richtete Grill die Frage, ob sie sich mit der Gewalt, die sich in Gorleben abzeichne, identifizieren. Den Zweitwohnsitzern riet der CDU-Abgeordnete, sich aus der Debatte um Gorleben herauszuhalten, denn sie alle hätten einen zweiten Stromanschluß und bedeuteten für die Stromversorgung eine zusätzliche Belastung.

Kirche: Keine Gewalt

Lüchow. Vertreter der ev. Kirchengemeinden in unserem Kreis wandten sich gestern an den Einsatzleiter der Polizei in Lüchow mit der dringenden Bitte, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, daß bei den Auseinandersetzungen um Gorleben Gewalt vermieden würde. Die Ereignisse der letzten Tage hatten erkennen lassen, wie leicht trotz der anzuerkennenden Bemühungen auf beiden Seiten „Ausrutscher" passieren können. Dieselbe Bitte ist von seiten der Kirche wiederholt an die Bürgerinitiative herangetragen worden. Zu einer Eskalation von Gewalt dürfe es unter keinen Umständen kommen.

15.9.79

Albrecht dankt der Polizei

Gorleben. Ministerpräsident Albrecht hat Polizei und Bundesgrenzschutz für ihren umsichtigen Einsatz bei den Vorbereitungsmaßnahmen für die Tiefbohrungen bei Gorleben gedankt. Durch das geschickte Vorgehen der Sicherheitskräfte seien größere Konfrontationen mit Demonstranten ausgeblieben. Dr. Albrecht hob auch hervor, daß die örtliche Bevölkerung einschließlich der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg Besonnenheit bewiesen habe. Sie habe sich nicht an gewalttätigen Aktionen, wie Zerstechen von Autoreifen und Durchschneiden von Bremsleitungen beteiligt. Entsprechende Straftaten seien von zugereisten Demonstranten vorgenommen worden.

18.8.79

Sollen wir uns distanzieren?

Stellungnahmen aus der BI L.-D.

Stellungnahme der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Seit Beginn der Bauarbeiten für die Tiefbohrungen im Gorlebener Forst haben in- und außerhalb unseres Landkreises viele Protestaktionen stattgefunden und finden weiterhin statt. Hier bei uns, an der Bohrstelle 1003, wurde mit Sitzblockaden, Baumbesetzungen und Demonstrationen versucht, das Abholzen des Waldes, das Anrollen der Baufahrzeuge und damit die Weiterversorgung der Baustelle zu verhindern.

Wir hatten gute Gründe dazu: Noch kein Verantwortlicher hat uns glaubhaft versichern können, daß hier die von uns allen abgelehnten Atomanla n nicht doch gebaut werden!

An den Protestaktionen waren Einheimische und Auswärtige beteiligt. Diese Proteste sind die verzweifelte Antwort auf die behördlichen Anordnungen, die sich über die Interessen weiter Teile der Bevölkerung hinwegsetzen. Es ist die notwendige Antwort, weil Politiker zwar das Wort „nicht gegen die Interessen der betroffenen Bevölkerung" im Munde führen, aber auf der anderen Seite nichts unternehmen, dies auch zu beweisen. Eher wird mit zweideutigen Formulierungen der Weg offengehalten, doch noch alles gemäß anderen Interessen zu verwirklichen!

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren viele Freunde gewonnen, die uns in unserer mühevollen Arbeit unterstützt haben. Wir haben mit ihnen das Konzept des gewaltfreien, dezentralen Widerstandes entwickelt. Wir haben festgestellt, daß sie dieses Konzept in ihren eigenen Regionen und Bürgerinitiativen zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht haben. D i e s e Freunde haben wir aufgerufen, uns auch jetzt zu unterstützen. Wir werden mit ihnen unser Konzept des Widerstandes weiterverfolgen. Wir wissen, daß gerade dies eine Garantie für eine sachgerechte Auseinandersetzung ist — wir wissen aber auch, daß sich eine 100%ige Garantie nicht daraus ableiten läßt.

Als am 2. Tag der Protestaktionen in Gedelitz ein Lastwagenkonvoi mit Baumaterial für die Tiefbohrstelle an einer Sitzblockade zum Stehen gebracht wurde, als die Lkw fahruntüchtig gemacht wurden, als Luft aus den Reifen gelassen wurde, die Bremsleitungen abgetrennt wurden, als die Protestierer in aller Ruhe den Lkw-Fahrern ihre Gründe dafür erklärten und die Fahrer zu verstehen begannen — als dann die dazukommenden Gorleben-Polizisten ihre „Panne" erkannten, als die Gorleben-Einheiten mit Knüppeln auf die Diskutierenden einschlugen und die Leute aus ihren Pkw zerrten, in den Gräben schmissen und wiederum zuschlugen, als die gleichen Beamten Autos mit Fußtritten beschädigten und versuchten, mit einem Baumstamm den Pkw samt Insassen in den Graben zu „hebeln" — als all dies am Dienstag geschah, entzündete sich die Diskussion um die „Gewalt" und die „Sachbeschädigung", beides Mittel, die wir nicht wollen.

Wir müssen daher akzeptieren, wenn Klage geführt wird über die Sachbeschädigungen, die bei den Protesten der Gegner der Atomanlagen auftreten. Wir erkennen die Gefahr, die in einer möglichen Ausweitung liegt. Wir bedauern, daß wir in einer Situation, in einer Zeit leben, die solche Auseinandersetzungsformen hervorbringt. Wir kämpfen für bessere gewaltlose Zeiten — wir versuchen, mit unseren Aktionen unsere Ziele nicht zu verraten. Die Behauptung, wir würden Gewalttaten billigen, ist eine schlimme Unterstellung!

Wir werden aber nicht aufhören uns zu empören, wenn es um unsere eigenen Belange geht, die wir von fehlgeleiteten Politikern nicht mehr richtig vertreten sehen. Wir fragen diejenigen, die an uns Kritik üben, ob sie in gleicher Weise gegenüber dem Absägen von Bäumen, auf denen Menschen sitzen, ob sie gegenüber dem Einsatz der Chemie-Keule und der Knüppelei kritisch eingestellt sind und dies auch zeigen. Wo waren unsere Kritiker am Morgen des 10. September. Sie hätten in der ersten Reihe stehen müssen, um ihre Abholz-Entscheidung zu vertreten — nicht die Polizei — und BGS-Beamten! Es ist die schlechte Politik, die Vertretung falscher Interessen, die es notwendig macht, Macht zu zeigen und Mauern zu bauen. Die 4 Hektar von Gorleben sind ihr Werk! Mußten die Gasbohrungen von Wustrow und Kollase mit Mauern geschützt werden?

Wenn mit aller Macht, von allen Seiten, von Politik und Kapital die Polizeigewalt eingesetzt wird zur Durchsetzung ihrer Interessen, wenn selbst Gesetze für die Durchsetzung willkürlich geändert werden, so das Berggesetz u. a., damit gebohrt werden kann,

wenn durch die DWK mit äußerst bedenklichen Praktiken Grundstücksverkäufe rechtskräftig werden,

wenn also Recht zu Unrecht wird;

was können wir Bürger tun, als auch durch Protestaktionen Aufsehen zu erregen, damit überhaupt erst einmal der Weg geöffnet wird — der Weg, den wir gehen wollen, und der zeigt, es geht auch anders! EJZ, 3.10.79

KOMMENTAR:

Diese als Meinung der BI L.-D. veröffentlichte Stellungnahme bedarf einer ergänzenden Kommentierung. In den Ortsgruppen und im erweiterten Vorstand unserer BI wurde ein anderer Textentwurf diskutiert und bis auf geringfügige Korrekturen mehrheitlich gutgeheißen. Darin stellten wir uns eindeutig hinter die bis dahin gelaufenen Aktionen(es ging zu diesem Zeitpunkt um die Baumbesetzungen, Blockaden und das Stillegen eines unbewachten Lastwagenkonvois) und verwiesen die Verantwortung für die Eskalation der Auseinandersetzung an diejenigen, die die Atomanlagen in Gorleben über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg durchzusetzen versuchen.
Daß dieses Papier dann von wenigen so grundlegend umgeschrieben und als BI-Stellungnahme an die Presse gegeben wurde, kann nur als "schwere Panne" innerhalb der BI-internen Kommunikationsstruktur bezeichnet werden. Es konnte u.a. auch deshalb passieren, weil wir unter starkem Zeitdruck zu stehen glaubten(bevorstehende Kreistagssitzung etc.). Wir werden diesen Vorgang ausführlich diskutieren und dann entscheiden, ob und in welcher Form wir uns dazu nocheinmal öffentlich äußern werden.
Unabhängig von der Frage irgendwelcher offiziellen Papiere müssen wir aber feststellen, daß die Meinungen zur Frage der Gewalt und zum Thema Sachbeschädigung bei uns auseinandergehen. Auch hinter der ursprünglichen Fassung unserer Stellungnahme stand die BI nicht geschlossen und der jetzt veröffentlichte Text findet bei vielen gerade der weniger aktiven BI-Mitglieder Zustimmung. Der folgende Leserbrief einer unserer Mitglieder gibt die Meinung wider, wie sie kurz nach Tiefbohrbeginn in den Ortsgruppen mehrheitlich geäußert wurde und er zeigt die Richtung an, in die unsere Stellungnahme eigentlich hätte gehen sollen.

Gabi Jaeger, Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg

Was ist Gewalt?

In den letzten Wochen ist die Bürgerinitiative Umweltschutz wiederholt von Politikern aufgefordert worden, sich von den Gewalttaten zu Beginn der Tiefbohrungen zu distanzieren. Dies erscheint zunächst verwunderlich, da die BI und ihre auswärtigen Freunde doch das Opfer dieser Gewalttaten waren. Aber diese Gewalt ist nicht gemeint. Das Mitgefühl der Herren Politiker gilt nicht den Menschen, die mit den Bäumen gefällt wurden oder denen Giftgas ins Gesicht gespritzt wurde. Es gilt den Motorsägen, die durch Nägel in den Bäumen beschädigt wurden, und den Lkw-Reifen, die eine Weile ohne Luft auskommen mußten. Das Leid, das diesen Sachen angetan wurde, hat die Empörung der Politiker hervorgerufen.

Allerdings können sich auch nicht alle Sachen dieser Anteilnahme erfreuen. So wurden am 11. September in Gedelitz von einem Sondereinsatzkommando der Polizei nicht nur Menschen, sondern auch deren Autos schwer mißhandelt und demoliert, ohne daß ein Politiker ein kritisches Wort darüber verloren hätte.

Vielleicht sind es auch die Gesetze, deren Verletzungen die Politiker so geschmerzt haben. Dies wäre auch verständlich, da sie es ja sind, die die Gesetze entwerfen und durchsetzen. Aber auch hier kommt es immer darauf an, wer die Gesetze bricht. Wenn die Polizei z. B. mit einem Konvoi von leeren Lastern mit 70 bis 100 Stundenkilometern durch die engen Straßen von Wustrow donnert und um ein Haar einen schweren Verkehrsunfall verursacht, dann regt sich darüber keiner der Politiker auf.

So bleibt von ihren großartigen Absagen an die Gewalt nur noch eine primitive Staatsphilosophie übrig. Die Entscheidungen des Staates sind immer richtig, da sie rechtmäßig zustande gekommen sind. Wenn jemand etwas gegen diese Entscheidungen unternimmt, ist das Gewalt. Und wenn die Staatsgewalt Gewalt anwendet, ist das keine Gewalt. Bei aller Liebe zum Staat, eine solche Umdeutung des Wortes „Gewalt" können wir uns nicht vorschreiben lassen. Wer die Auseinandersetzungen aufmerksam verfolgt, wird selbst merken, was Gewalt ist und was nicht.

Ich bin mir nicht sicher darüber, ob die Widerstandsaktionen mit Sachbeschädigungen sinnvoll waren. Aber eine Distanzierung davon halte ich auf jeden Fall für verkehrt, solange die Gewalt des Staates von den Politikern so bedingungslos akzeptiert wird.

EJZ, 6.10.79 Jobst Quis, Mammoißel

Polizei und Bürgerinitiativen diskutierten über Gorleben

Diskutiert wurde in einer sehr offenen Atmosphäre, in der beide Seiten ihre Probleme und Fragen vorbringen konnten. Es wurde ein Film des III. Fernsehprogramms über den Treck der Lüchow-Dannenberger Bauern nach Hannover („Albrecht wir kommen") gezeigt, in dem exemplarisch eine große gewaltfreie Aktion und ein optimales Zusammenwirken zwischen Vertretern der Bürgerinitiativen und der Polizei dargestellt wird. Die Veranstaltung schloß mit zwei Kurzreferaten und anschließender Diskussion. Polizeidirektor Thieke aus Celle sprach über Aufgaben und Stellung der Polizei in einem Rechtsstaat, das Verhältnis von Polizei zu Bürgerinitiativen sowie über Möglichkeiten des Zusammenwirkens in der Zukunft. Martin Mombaur aus Göhrde referierte über das Selbstverständnis der Bürgerinitiativbewegung, über ihr Konzept der gewaltfreien Aktion und die Probleme im Verhältnis zur Polizei. Er betonte, daß sowohl die hiesige Bürgerinitiative als auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Gewalt gegen Menschen und gegen Sachen nicht aus taktischen, sondern aus inhaltlichen Gründen ausschließen. Sein Bestreben sei es, Andersdenkende zu integrieren.

Alle Teilnehmer werteten die Veranstaltung als Erfolg. Viele Vorkommnisse der letzten Zeit konnten angesprochen werden, ein großer Teil von Vorurteilen wurde abgebaut.

Von allen Beteiligten wurde angeregt, Zusammenkünfte dieser Art in absehbarer Zeit zu wiederholen, um miteinander im Gespräch zu bleiben. EJZ, 2.10.79

Zu den Vorwürfen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und der Rechtshilfegruppe Gorleben, Grundeigentümer seien von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) bei den Verhandlungen über die Einrichtung von Bohrplätzen unter Druck gesetzt worden, sagte Grill, dies treffe „ganz gewiß nicht zu". Ein Seminar, an dem kürzlich Vertreter der Bürgerinitiative und der Polizei teilnahmen, bezeichnete der CDU-Politiker als „möglichen Ansatz einer Doppelstrategie".

HAZ, 5.10.79

?

«Der Spielplatz wird nicht abgerissen!!
Der Spielplatz wird nicht abgerissen!!»

So tönte es aus Kindermund beim anberaumten Ortstermin. Der hohe Senat des Oberverwaltungsgericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit den Sitz Lüneburg hatte sich zur mündlichen Verhandlung auf dem Spielplatz der BI Lüchow - Dannenberg eingefunden und ließ sich von den in der Verwaltungsrechtsache Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow - Dannenberg e,V. gegen Landkreis Lüchow-Dannenberg Prozeßbevollmächtigten dem Sachstand darlegen undnahm eine Inaugenscheinnahme des Streitgegenstandes vor.

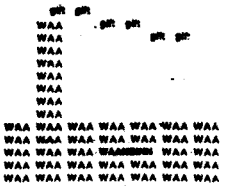
Vor dem Hohen Senat hatten dies natürlich schon Tausende getan und nicht wenige davon haben sich aktiv an der Gestaltung beteiligt. Von Seiten der BI war perfekte Vorarbeit geleistet worden. Dank unseres Rechtsanwaltes war die juristische Sachlage in langen Schriftsätzen dargestellt worden. In Absprache mit Ihm wurden durch die Gruppe PLATZ die notwendigen baulichen und technischen Mängel des Spielplatzes beseitigt. Das wir das trotz der vielen anderen Aktivitäten auch gerade mit Hilfe auswärtiger Atomgegner geschafft haben, dokumentiert deutlich die Wichtigkeit des gemeinsamen Handelns. Wir, von der Gruppe PLATZ können an dieser Stelle nichts anderes tun, als uns ganz riesig zu freuen, dem Rechtsanwalt für seine sorgfältige Arbeit danken und hoffen, daß alle Atomgegner uns helfen werden auch die weiteren Klippen zu nehmen.

Nun aber noch einmal deutlicher zum Sachverhalt. Geklagt wurde wegen der vom Landkreis im November 77 ergangen Abrißverfügung. Über die haarsträubenden Begründungen ist ausfürlich berichtet worden. Auch allgemein bekannt ist, daß wir die erste Instanz verloren hatten. In der Urteilsbegründung war von Landschaftszerstörung die Rede und es wurde bemämgelt, das der Spielplatz einen zer fallenen Eindruck mache und auf den normalen Durchschnittsbürger befremdlich wirke. Zur Verhandlung hatten wir den Spielplatz auf Hochglanz gebracht. In wohltuenden Farben leuchtet er schon von weitem den Besuchern entgegen. Von Baufälligkeit konnte keine Rede mehr sein. Da dieser Termin unbekannt war, fand sich pünktlich zur Verhandlung auch ein Bus just mit dem Hohen Senat ankam und auch mit Ihm wieder abfuhr.Er hatte auch kein Dannenberger Nummernschild sondern trug deutlich sichbar HH und der Schriftzug KINDERHAUS war nichr verdeckt. Nun wieder zur Verhandlung

Im Wesendlichen wurden die bekannten Argumente der beiden Parteien wieder vorgetragen. Klar ist, daß der berichtsverfasser als parteiischer die Argumente des Rechtanwaltes der BI für die besseren hielt. Da saß jede Formulierung, da vertrat jemand eine Sache, hinter der er voll stand. Dem Gericht konnte man kaum anmerken welche der vorgetragenen Fakten die Entscheidung beeinflußte.Allerdings war allen Anwesenden deutich, daß die Gegenseite nicht viel zu bieten hatte. Es wurden die alten Begründungen wieder aufgetischt, selbst wenn durch nachfragen eigentlich deutlich wurde, daß sie nicht ziehen. Zwar konnte der Justitiar des Landkreises die notwendigen Paragraphen frei heruntersplen,aber flexible Auslegungen von Kannbestimmungen ging sah der junge Justitiar, um es salopp auszudrücken, alt aus.

Und dies hier ist

die Seite der



Der Höhepunkt seiner fadenscheinigen Argumertation war dann auch der Punkt wo es um die Definition ging, ob es ein Abenteuer oder ein herkömmlicher Spielplatz sei,ging. Obwohl das Gericht, in diesem Fall der Vorsitzende,mit unseren Rechtsanwalt schon einvernehmlich geklärt hatte,daß es sich nicht um einen Abenteuerspielplatz handelt, führte der Justitiar aus, daß es sich sehr wohl um einen solchen handle, da ein herkömmlicher Spielplatz aus Stahlrohren und Aluminiumteilen bestehe und nur in geringfügigem Maße aus Holz. Dieser Spielplatz sei aber nur aus Holz. Nun möchte ich hier nicht polemisch werden, aber um der Kinder willen möchte ich doch hoffen, daß er keine hat.Zu der Frage, ob der Spielplatz sich nun harmonisch in die Landschaft füge oder aber einen befremdlichen Eindruck machehatte er hatte er kluge Mann nach der Inaugenscheinnahme natürlicn erläutert, daß die Zerstörung der Landschaft durch die grellen Farben noch unterstrichen werde. Es ist ein bißchen Schade, daß so ein Gerichtstermin der Öffentlichkeit nich die Möglichkeit bietet an solchen Punkten nachzuhacken. Vieleicht hätten wir ja auf Wunsch des Landkreises den Spielplatz in den Farben der Besatzungstruppen streichen sollen. Dann wäre er bei den vielen Besuchen selbiger kaum unter Ihnen auszumachen. Die voranschreitende Zerstörung der Landschaft wäre dadurch sicherlich nicht so auffälig.
Genug der Kommentierung: Der Gerichtstermin ist gewesen - wir haben Gewonnen! Eine genaue Auswertung des Urteils ist uns erst möglich, wenn wir die Urteilsbegtündung erhalten haben. Dann wird es auch möglich sein, konkrete Schlußfolgerungen zu ziehen. Dieser Bericht sollte auch nichts anderes sein, als eine Stimmungswiedergabe vor dirrekt Betroffenen. Mut hat uns dieses Urteil sicherlich gemacht, soviel Mut, daß wir uns nun mit der Deutschen Bundespost anlegen werden, wegen des §13 Absatz 1 Ziffer 3 der Postordnung

für. Edi Rock

Platzgruppe der BI Lüchow-Dannenberg